

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinstellung am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schwan.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Wöhlstraße 18 a part.
Telefonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Durch die Abschlässe der führenden Montangesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem 30. Juni dieses Jahres endete, ist förmlich Öl in das hochobere Feuer der Börsenspekulation gegossen worden. Nach den pessimistischen Schilderungen der Geschäftslage, die von den beteiligten Gesellschaften bis in die jüngste Zeit hinein gegeben wurden, mußten die meisten Abschlässe starke Ueberraschungen hervorrufen. Die Deutsch-Burgundische Bergwerks- und Hütten-Actiengesellschaft weist einen Bruttoertrag von 9,290 Millionen Mark gegen 8,071 Millionen im Vorjahr auf, von denen 5,10 Millionen (im Vorjahr 5,06 Mill.) zu Abschreibungen verwendet werden, aus dem verbleibenden Ueberschuß werden dem Reservefonds rund 209 000 M. (i. V. 0 M.) überwiesen. Die Dividende auf die alten Aktien beträgt wieder 10 Prozent, die jungen Aktien erhalten eine Dividende von 5 Prozent. Das Eisen- und Stahlwerk Sösch bringt wiederum eine 14prozentige Dividende zur Verteilung, der Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahl-Fabrikation erwirkt eine Dividende von 12 Prozent, die Kombacher Hüttenwerke, von denen zeitweilig angenommen wurde, daß sie 1908/09 dividendenlos bleiben werden, schütten eine Dividende von 5 Prozent aus. Doch das überraschendste Resultat brachte die Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb „Phönix“. Phönix hatte für 1907/08 eine Dividende von 11 Prozent gezahlt, für das verlossene Jahr wurde, wie wir kürzlich mitteilten, die Dividende auf 6 und selbst nur 4 Prozent gesenkt. Mitte-September verkündete alsdann, daß eine Dividende von 7 Prozent nicht unwahrscheinlich sei, aber schon wenige Tage nach dieser Mitteilung erfolgte die offizielle Ankündigung, daß Phönix eine Dividende von 9 Prozent verteilt. Der Abschluß ergibt einen Rohgewinn von 23 Millionen Mark gegen 26,35 Millionen des Vorjahres. Nach Abzug der Abschreibungen von 10,856 Mill. (i. V. 11,092 Millionen) verbleibt ein Reingewinn von 14,741 Millionen gegen 16,299 Millionen im Vorjahr. Die außerordentlichen Abschreibungen werden, wie im Vorjahr, eine Million betragen. Diese Ergebnisse führten zu neuen Steigerungen der schon übermäßig emporgetriebenen Börsenkurse, die vielfach schon das Niveau der letzten Hochkonjunkturperiode wieder erreicht haben. Angesichts des schweren wirtschaftlichen Niederganges sind die Erwartungen glänzend. Noch vor wenigen Wochen wären Ankündigungen von Dividenden in der jetzt festgesetzten Höhe als Spekulationsmanöver betrachtet worden.

Am 20. September hat die Reichsbank eine Diskonterhöhung von 3/4 auf 4 Prozent vorgenommen. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß die Ansprüche an die Reichsbank erheblich zunehmen, der Barvorrat, der in der entsprechenden Vorjahrsperiode eine Zunahme erfahren, diesmal weiter abgenommen hat, daß ferner die Reichsbank im Hinblick auf die in großem Umfang vorhandene Spekulationsstätigkeit durch die Erhöhung des Satzes für Leihgeld ein Warnungssignal geben wolle. Der zuletzt angegebene Zweck der Diskonterhöhung ist bisher nicht erreicht worden, das Spekulationsstreben hat eher zu- als abgenommen. Seit dem Januar des Jahres 1908 war der offizielle Wechselzinsfuß ständig gesunken, nachdem er am 8. November des Jahres 1907 auf die seit Jahrzehnten nicht dagewesene Höhe von 7 1/2 Prozent gesunken war. Am 13. Januar 1908 erfolgte die Herabsetzung auf 6 1/2 Prozent, am 25. Januar auf 6 Prozent, am 8. März auf 5 1/2 Prozent, am 27. April auf 5 Prozent, am 4. Juni auf 4 1/2 Prozent, am 18. Juni 1908 auf 4 Prozent. Dieser Satz erhielt sich bis zum 16. Februar 1909, an diesem Tage trat die weitere Ermäßigung auf 3 1/2 Prozent ein. In dieser Bewegung des Wechselzinsfußes spiegelt sich die Entwicklung der gesamten Konjunktur wieder. Die ungewöhnliche Geldverknappung im Herbst 1907 war der Abschluß einer Hochkonjunkturperiode; die enorme Anspannung zeigte warnend die nahe Krise an. Mit der abnehmenden Geschäftstätigkeit ließen auch die Ansprüche an den Geldmarkt entsprechend nach, Geld wurde wieder billig, der Wechselzinsfuß fiel. Die steigende Konjunktur führt wiederum zu einer Steigerung des Geldsatzes, aber es ist durchaus fraglich, ob die bisher erfolgte Besserung der Industrieconjunktur bereits eine Diskonterhöhung notwendig gemacht hat. Sicherlich sind es die Ansprüche von Industrie und Handel nicht allein, die die Diskonterhöhung herbeiführten. Das hat die Zeitung der Reichsbank in ihrer erwähnten Erklärung auch zugegeben. Auf die Ansprüche der Börsenspekulation hat sie selbst hingewiesen, aber sie unterließ es, zu erwähnen, daß vor allem das Reich die Reichsbank in einem sehr beträchtlichen Umfang in Anspruch genommen hat. Ist die Befürchtung, daß durch die Verteuerung des Kredits die wirtschaftliche Erholung gefährdet wird, auch etwas übertrieben, so ist es doch eine wenig erfreuliche Erscheinung, daß im Augenblick einer letzten wirtschaftlichen Besserung der Kredit durch eine traurige Finanzpolitik des Reiches und durch ein maßloses Treiben der Börsenspekulation verteuert wird.

Keine Ueberraschung brachte der Abschluß der Vereinigten Königs- und Laurahütte, denn seit langem war bekannt, daß unter der Leitung Hilgers die Erträge starke Rückgänge erlitten hatten. Bei einem Bruttoertrag von 5,807 Millionen Mark gegen 8,691 Millionen im Vorjahr wird noch Abschreibungen von 4,5 Millionen (i. V. 4,7 Millionen) eine

Dividende von 4 Prozent zur Verteilung gelangen. In den letzten drei Jahren betrug die Dividende 10, 12 und 12 Prozent. In den Jahren 1896/97 bis 1904/05 schwankte die Dividende zwischen 10 und 16 Prozent. Der Verwaltungsbericht bemerkt, daß der Mindereinnahme des Geschäftsjahres 1908/09 lediglich eine Folge des Preissturzes auf dem Eisenmarkt und der infolgedessen erheblich verschlechterten Ergebnisse der schlesischen Eisenhütten ist. Die Kohlengruben der Gesellschaft haben im abgelaufenen Jahre höhere Abschlässe gebracht als im Vorjahre. Die Lage des ober-schlesischen Kohlenmarktes war trotz der eingetretenen Abschwächung, die sich im wesentlichen durch die verminderten Bezüge der Eisenbahnen und vor allem der Industrie bemerkbar machten, im abgelaufenen Geschäftsjahre eine immerhin befriedigende. Im Gegensatz hierzu war die Lage in der Eisenindustrie eine so schlechte, wie sie Deutschland im allgemeinen und Ober-schlesien im besonderen seit Jahrzehnten nicht gekannt hat. Schon in unserer Rundschau in Nr. 35 der Metallarbeiter-Zeitung wurde die Lage der Laurahütte näher besprochen, der Mißerfolg der „Perle Oberschlesiens“, wie die Laurahütte von den Handelsblättern gern genannt wurde, ergab sich in der Hauptsache nicht als Folge des wirtschaftlichen Niederganges, sondern mehr als Ergebnis der verfehlten Geschäftspolitik Hilgers. Ueber die gegenwärtige Geschäftslage berichtet die Direktion von Laurahütte, die Lage des ober-schlesischen Kohlenmarktes könne zurzeit befriedigend genannt werden, auf dem Eisenmarkt scheine der Tiefstand überwinden zu sein, es sei sowohl in bezug auf die Beschäftigung als auch auf die Preise in den allerletzten Tagen eine leichte Besserung zu spüren. Die Beschäftigung der sämtlichen Werke der Gesellschaft sei zurzeit gut und stehe mit einem Gesamtantragsbestand im Werte von 13,5 Millionen Mark gegen das Vorjahr nicht wesentlich nach.

Der Geschäftsbericht der Friedrich-Thomee-Actiengesellschaft, Stahl- und Walzwerk in Werderhölz, W., bemerkt, daß zur Zeit der Abfassung des Berichtes die Werke im allgemeinen auskömmlich beschäftigt sind, nur in einigen Sorten-gezeugener Drähte und Drahtstifte haperte es etwas. Zum Schluß schreibt die Verwaltung: „Wie der Markt sich weiter entwickeln wird, steht dahin — ein Urteil über die weiteren Aussichten abzugeben, erscheint uns unangebracht, wir müssen es anderen Propheten überlassen und uns vorläufig mit der Hoffnung auf Besserung beschränken.“ Die Gesellschaft bringt für 1908/09 eine Dividende von 3 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre zur Verteilung. — Die Sächsisch-Gußstahl-Fabrik in Döhlen zahlt ihren Aktionären für das verlossene Geschäftsjahr auf die Aktien eine Dividende von 6 1/2 Prozent (i. V. 8 Prozent) und auf die Genussscheine eine Dividende von 3 1/2 Prozent. Auch die Verpachtung dieses Unternehmens bemerkt, daß die Aussichten sich noch nicht beurteilen lassen. Ein weiteres erhebliches Zurückgehen der Verkaufspreise erscheint jedoch kaum möglich. — Die Aktiengesellschaft Oberbiller Stahlwerk, vormals E. Voensgen, Wiesbiers & Co. in Dillseibitz erzielte nach Abschreibungen von rund 416 000 M. (i. V. 411 000 M.) einen Ueberschuß von 345 000 M. (i. V. 340 000 M.), die Dividende kommt wieder in Höhe von 6 Prozent zur Verteilung. — Das Meggener Walzwerk Aktiengesellschaft in Meggen schließt mit einem Verlust von 42 299 M. ab. Der Bericht führt aus, daß namentlich Stabeisen und Feinbleche, um den ohnehin schon stark eingeschränkten Betrieb nur einigermaßen aufrecht erhalten zu können, das ganze Jahr hindurch unter dem Selbstkostenpreisen abgegeben wurden. Im ersten Halbjahr wurden wegen Mangel an Aufträgen wiederholt Feterfächchen eingelegt, während im zweiten Halbjahre die Beschäftigung durchgehend besser war. Auch im neuen Geschäftsjahre sind die Aufträge bisher etwas reichlicher eingelaufen. — Die Aktiengesellschaft Westfälische Stahlwerke in Bochum erzielte einen Rohgewinn von 1,57 Millionen Mark, für Abschreibungen werden 860 000 M. verwendet, eine Dividende wird nicht verteilt, im Vorjahr erhielten die Vorzugsaktien 4 Prozent, die Stammaktien blieben auch 1907/08 dividendenlos. — Die Osnaabrücker Kupfer- und Drahtwerke schütten eine Dividende von 3 Prozent gegen 4 Prozent im Vorjahre aus. — Das Sächsisch-Gußstahlwerk Aktiengesellschaft, verteilt eine Dividende von 8 Prozent für 1908/09, für 1907/08 erhielten die Aktionäre keine Dividende. Die Gesellschaft hatte in dem dividendenlosen Jahre große Abschreibungen auf ihre Kupfervorräte vorgenommen, da die Kupferbestände infolge des Preissturzes am Kupfermarkt stark entwertet waren. — Die Riehbürger Eisengießerei und Maschinenfabrik erzielte einen Reingewinn von 27 826 M. gegen 23 618 M. im Vorjahre. Der Gewinn wird zur inneren Stärkung der Gesellschaft verwendet, eine Dividende wird nicht verteilt werden. Der Vorstand berichtet, daß der Auftragsbestand höher ist als vor selber Zeit des Vorjahres. — Die Sächsisch-Gußstahl-Fabrik Werderhölz bringt wiederum eine Dividende von 15 Prozent zur Verteilung. Wie im Geschäftsbericht ausgeführt wird, betrug der Jahresumsatz 3,5 Millionen Mark. Namentlich der Bau von Personenzugwagen habe sich außerordentlich gehoben. Für das neue Geschäftsjahr liegen wieder größere Bestellungen, besonders für die sächsischen Staatsbahnen vor. — Die Gotthard-Waggon-Fabrik vorm. Frick, Wothmann & Söhne in G. wird wieder die Ausschüttung einer Dividende von 7 1/2 Prozent auf die Stammaktien und 10 Prozent auf die Vorzugsaktien vornehmen. — Die Maschinenfabrik und Maschinenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, in Braunschweig weist nach Abschreibung von 345 000 gegen 310 000 M. im Vorjahr einen Reingewinn von 317 000 M. (i. V. 311 000 M.) aus. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 6 Prozent. Die Verwaltung schreibt über die Aussichten, daß trotz des schließenden

Einganges von Neuaufträgen die Werke ausreichend beschäftigt sind. — Die Deutsche Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Söndermann & Söhne in Chemnitz wird eine Dividende von 2 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahr verteilen. — Die Werkzeugmaschinenfabrik Hermann und Alfred Escher & Co., Aktiengesellschaft, in Chemnitz wird eine Dividende von 9 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre ausschütten. — Die Maschinenfabrik Kappel, Aktiengesellschaft, in Chemnitz wird eine Dividende von 22 Prozent gegen 24 Prozent im Vorjahre zahlen. Das Gewinnergebnis soll durch die ungünstige Beschäftigung in Strömmaschinen beeinträchtigt worden sein. — Die Emailier- und Stanzwerke, Aktiengesellschaft, vorm. Gebr. Ulrich in Matzammer (Rheinpfalz) erzielten im abgelaufenen Geschäftsjahre nach Abschreibungen von 76 855 M. gegen 85 802 M. im Vorjahre einen Reingewinn von 176 467 M. gegen 180 311 M. im Vorjahre. Die Dividende kommt wiederum in Höhe von 6 Prozent zur Verteilung.

Zahlreich sind in den verschiedensten Industriezweigen anbauern die Fusionen. Besondere Beachtung fand die Gründung eines Camera-Truffs, der unter der Firma: Internationale Camera-Aktiengesellschaft bereits fünf Vertriebe umfaßt. Zuerst vereinbarten sich die drei Dresdener Gesellschaften: Fabrik photographischer Apparate auf Aktien vorm. R. Gützig & Sohn, die Heinrich Erneumann-Aktiengesellschaft für Camera-Fabrikation und die Emil Wünsche-Aktiengesellschaft für photographische Industrie. Wenige Tage nach der offiziellen Bekanntgabe des Zusammenstufes haben sich dem Truff die Camera-Abteilung der optischen Anstalt Carl Zeiß in Jena und die Firma Dr. R. Krügener in Frankfurt a. M. angeschlossen. Die beteiligten Unternehmungen erklären, daß sie sich zur Vertiefung veranlaßt sahen, weil durch scharfe Konkurrenz bei einer Ueberproduktion die Preise sehr gedrückt waren, daß die Rentabilität gesteigert werden könne durch Befestigung der Preisunterbietungen, Vermeidung der bisher außerordentlich hohen Reklamespesen und Spezialisierung der Fabrikation. — Die Internationale Camera-Aktiengesellschaft wird vorläufig mit einem Kapital von 4 Millionen Mark ausgestattet werden, es sollen hierbei die Industriewerke der beteiligten Firmen zu 75 und 50 Prozent als Einlage gelten. Eine der beteiligten Firmen (wahrscheinlich Zeiß) soll außerdem als Bareinlage 2 1/2 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Die Deutsche Bank und die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, die zum Konzern der Diskontogesellschaft zu Berlin gehören, werden der Gesellschaft größere Kredite einräumen. Ueber den Anschluß weiterer optischer Anstalten an den Truff schweben bereits Verhandlungen. — Zum Erwerb der Elektrischen Motorenfabrik Meitl hat die Generalversammlung der Norddeutschen Automobil- und Motorenfabrik, Aktiengesellschaft, die bekanntlich dem Norddeutschen Lloyd nahesteht, die Kapitalerhöhung um 1 Million Mark beschlossen. Der Umsatz bei der Norddeutschen Automobil- und Motorenfabrik, Aktiengesellschaft, ist, wie die Verwaltung mittelt, doppelt so groß wie im Vorjahre. — Die Verwaltung des Schwarzenberger Emailier- und Stanzwerkes vorm. Reinhold & Pitz in Schwarzenberg beantragt eine Erhöhung des Aktienkapitals um 500 000 M. auf 1 1/2 Millionen Mark zum Ankauf der Metallwarenfabrik Ernst Feder in Aue in Sachsen. — Kürzlich verzeihen wir, daß die Aktiengesellschaft Phönixwerke, Metallschraubenfabrik in Elberwerda, sich mit einem anderen Unternehmen desselben Geschäftszweiges vereinigen würde. Nunmehr wird bekannt, daß es sich um die Aufnahme der Firma Heinrich Groß Nachf., G. m. b. H. in Tempelhof, handelt.

Der Kampf ums Recht.

II.
Bekanntlich schwebt das Recht nicht in der Luft, sondern es haftet an der wirtschaftlichen Macht, an dem Besitz: es ist der Ausdruck der Macht und mit der Macht untrennbar verbunden. Zum Beweise dieses Satzes wollen wir ein paar Beispiele anführen. Der Kaiser von Rußland hat in seinen Reichen das unbeschränkte Recht, weil er die Macht hat, durch die von ihm abhängigen Kojaken, Postkisten und Gerichte seinem „Rechte“ Nachdruck zu verleihen; würden die Russen ihn aus seinem Lande verjagen und würde er sich als einfacher Privatmann in Deutschland niederlassen, so hätte er kein Recht mehr, irgendwelche Vorurteile zu machen, weil ihm die Macht dazu fehlt. Ein Bauer hat das Recht, seinen Diensthofen Befehle zu geben, weil er der Besitzer des Bauernhofes ist und die Diensthofen wirtschaftlich von ihm abhängig sind; wird ihm der Hof über dem Kopfe weg verkauft, so kümmert sich kein Diensthof mehr um seine Befehle, sondern gehorcht dem neuen Herrn. Gerade so, wie die Beamten eines Staates, dessen Fürst vertrieben und dadurch machtlos geworden ist, dem neuen Fürsten, der die Macht hat, ohne eine Miene zu zeigen, den Treueid leisten und sich mit dem neuen „Rechtsbesitzern“ abfinden. Am Ausgang des Mittelalters hatte ein Fürst eine unumschränkte Macht über Leben und Besitz seiner Untertanen, deswegen hatte er auch das Recht, die Religionen seiner Untertanen zu bestimmen; heute ist diese Macht dahin und damit auch jenes Recht. Ein Kapitalist hat das Recht auf Ausbeutung, weil und solange er die wirtschaftliche Macht hat, verleiht er sein Kapital oder seinen Kredit und damit seine wirtschaftliche Macht, so sinkt er selbst in die Klasse der Lohnarbeiter hinab; er ist nicht mehr Subjekt im Ausbeutungsprozeß, sondern Objekt. Eine Mutter hat das

Da die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Jahre 1908 (auf 230 000) um 2,30 Prozent, die der erwachsenen männlichen Personen aller Art um 0,12 (auf 145 000) oder um 1,08 Prozent vermindert. Da mithin 230 erwachsene männliche Personen mehr außer Arbeit kamen als Arbeiter zusammen, so muß eine Zuwanderung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern stattgefunden haben, was auch tatsächlich der Fall war. Die Differenz von 230 setzt sich zusammen aus 617 erwachsenen Arbeiterinnen (zusammen 68 249) und 308 jugendlichen Arbeitern (20 276). Es wiederholt sich hier die Beobachtung, daß vor allem in solchen Industrien, in denen Mann und Frau bei der Arbeit in Konkurrenz stehen, zum Beispiel in der Textilindustrie, von wirtschaftlichen Krisen zunächst die besser entlohnten erwachsenen männlichen Arbeiter betroffen werden und daß das natürliche Streben der Unternehmer auf Verbilligung der Betriebskosten zur tunkünftigen Beibehaltung und Einstellung der minder hoch bezahlten Arbeitskräfte, das sind Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, drängt.

Sehr beunruhigt von der ungünstigen Konjunktur waren besonders die Metall- und Maschinenindustrie, die Porzellan- und Bijouterieindustrie u. s. w. Zur Vermehrung von umfangreichen Arbeiterentlassungen wurden die täglichen Arbeitsstunden oder die wöchentlichen Arbeitstage verkürzt, außerdem mehrfach für die Arbeiter eine obere Produktionsgrenze festgesetzt, da trotz verkürzter Arbeitszeit die Produktion nicht in dem erwarteten Maße zurückging. Welcher zühe Kampf um die Existenz spricht aus diesem Stagnationskammer an einen gewissen, zum Leben notwendigen Vorbehalten durch stufenweise Steigerung der Arbeitsintensität, bis schließlich das Nachwort des Fabrikanten und die Begrenzung der Arbeitsleistung diesem Ringen ein Ende machen muß. Für Arbeiter, die ihre Stelle verlassen hatten, war es außerordentlich schwierig, wieder Unterkommen zu finden und die Angst, brotlos zu werden, ließ sich häufig aus dem Verhalten der Arbeiter deutlich erkennen. Welche furchtbare Anklage gegen den Kapitalismus, der den ihm unentbehrlichen Arbeitern keinerlei Existenz zu garantieren vermag!

In der Uhrenindustrie wurde fast überall über schlechten Geschäftsgang geklagt und zwei größere Fabriken, die hauptsächlich billige Waren erzeugten, mußten den Betrieb einstellen. Nur eine große Fabrik für beste Qualitätsware war außerordentlich stark beschäftigt. Der im allgemeinen flauen Geschäftsgang der Uhrenindustrie machte sich auch in den ihr verwandten Betrieben des Schwarzwaldbes bemerkbar. So konnte eine Telegraphenfabrik schon zu Anfang des Jahres längere Zeit nicht mehr sämtliche Arbeiterinnen voll beschäftigen. Sie erschienen nur mittags zur Arbeit, erhielten aber für die ausfallende Zeit 50 % Entschädigung.

In der Porzellanindustrie wurden sich gewisse Dezentralisationsbestrebungen bemerkbar. Den Filialbetrieben, die in den letzten Jahren in ländlichen Gemeinden eingerichtet wurden, sind weitere gefolgt. Es läßt sich nach der Fabrikinspektion noch nicht mit Bestimmtheit beurteilen, ob diese Eröffnung gerade erwünscht ist. Vielfach genügen nämlich die gewählten Arbeitsräume nicht den hygienischen Anforderungen und es lassen die Arbeitsbedingungen im allgemeinen zu wünschen übrig. So wurden in einer Landgemeinde des Amtsbezirks Porzheim zwei Porzellanbetriebe angegriffen, die wegen zu dichter Besetzung der Arbeitsräume zu Gesundheitsgefahren gaben. Es handelte sich um Anlagen, in denen erwachsene männliche Personen und Lehrlinge unter einem mitarbeitenden Aufseher in Zellkloß tätig waren. Die Aufgabe, die Arbeiterzahl in den Räumen zu beschränken, führte zu Gegenstellungen der Arbeiter, die den Aufenthalt in dem engen Lokalitäten und die Mängelheiten des Störens mit Benzin dem Wohnen in der Stadt oder der täglichen Zurücklegung eines weiten Weges vorzogen. Sie behaupteten, sie seien Heimarbeiter und die Gewerbeordnung gelte nicht für sie. Die Angelegenheit wurde schließlich in der Weise geregelt, daß die Lehrlinge in den Hauptbetrieben in der Stadt Unterkommen fanden und daß man, nachdem auf diese Weise für die in erster Linie Schutzbedürftigen gesorgt war, auf der weiteren Durchführung der Auflage nicht bestand.

„Dezentralisation“ der Porzellanindustrie ist demnach gleichbedeutend mit Ausdehnung der Hausindustrie und Vermehrung des Heimarbeiters; aber sie bedeutet auch Zersplitterung der Arbeiterkraft, Benachteiligung der Arbeiterorganisation und Wirkungslosigkeit der mit den Fabrikanten getroffenen tariflichen Vereinbarungen. Aufklärung der Arbeiter über die Gemeinschaftlichkeit der Heimarbeit und die Verhinderung der weiteren Ausdehnung derselben muß als eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaft bezeichnet werden.

Erdbebenswert ist auch die in Porzheim erfolgte Aufnahme eines neuen Fabrikationszweiges, nämlich der Herstellung von Uhrendeckeln, die die Einführung einer Anzahl in diesem Artikel eingearbeiteter Schweizerinnen veranlaßt hat.

Nach der Betriebsstatistik hat die Metall- und Maschinenindustrie im Berichtsjahre wieder die in der Krise öfters wahrnehmbare Entwicklung in der Weise genommen, daß die Zahl der Betriebe eine Vermehrung, die der Arbeiter aber eine Verminderung erfahren hat. Es wurden nämlich gezählt:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1908	1907	1908	1907
Betriebe	1117	1087	739	718
Arbeiter	31468	33409	34381	39045
Männliche	22580	24303	32262	36863
Weibliche	8888	8606	2069	2182
Erwachsene	28281	30226	31775	36637
Jugendliche	3058	3058	2545	2392
Kinder	129	127	8	16

Die Betriebe der Metallindustrie sind im Jahre 1908 um 30, in der Maschinenindustrie um 21 gestiegen, während die Zahl der Arbeiter um 1941 und 4714 zurückgegangen ist. In der Metallindustrie sind am Rückgang nur die erwachsenen männlichen Arbeiter beteiligt, aber ihre Zahl hat sich um 2223 noch um 282 darüber hinaus vermindert, während umgekehrt die Arbeiterinnen eine Zunahme um 282 erfahren haben.

In der Maschinenindustrie sind an der Verminderung der Arbeiterzahl um 4714 auch die erwachsenen Arbeiterinnen beteiligt, während allein die Jugendlichen sich um 153 vermehrt haben.

Zusammen ergibt die Arbeiterzahl in den beiden Industriegruppen eine Verminderung um 6655 von 72 454 auf 65 799, ausschließlich erwachsene männliche Personen, deren Ausbeutung zweifellos zum Teil auch einen Mitgliederverlust für die Organisation bedeutete.

Mit der Arbeitslosigkeit der erwachsenen männlichen Personen steht offenbar in Zusammenhang die Zunahme der Zahl der verheirateten Arbeiterinnen um 346, die sich entschließen mußten, in die Fabrik zu gehen und zu verdienen, weil die Männer arbeitslos und verdienlos waren. So drückt die Krise die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse heraus und vermehrt das Elend in den verschiedensten Formen. Aber sie lehrt auch die Notwendigkeit der fetten weiteren Ausdehnung und Erklärung der Organisation, um in ihr einen Damm gegen die herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus aufzurichten. (Schluß folgt.)

Ein Fortschritt.

Eine bemerkenswerte Tatsache ist es, daß die industriellen Beamtenschaft, obwohl sie in der Regel nach demselben kapitalistischen Grundsatz organisiert wird wie die Arbeiterkraft, sich in einer Weise als Sachwalter des Kapitals aufstellt, die mehr als Verwunderung erregen muß. In außerordentlich zahlreichen Fällen ist die Tätigkeit der Industriee Beamten darauf gerichtet — und jeder Industriearbeiter wird darin praktische Erfahrungen gesammelt haben —, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verschlechtern, mindern aber doch sich den Kapitalisten dadurch besonders dienlich zu erweisen, daß sie die Bestrebungen der Arbeiter, die auf Verbesserung ihrer Lage gerichtet sind, direkt und indirekt bekämpfen. Wie oft hat man schon erlebt, daß Ingenieure, Techniker, Werkmeister und Vorarbeiter an die Arbeiter weitergehende Anforderungen stellen, als es dem Unternehmer beliebt. In der rücksichtslosesten Weise haben sie oft die Arbeiter gezwungen, immer billiger und billiger zu arbeiten. Und wie oft haben Siebträgerproleten, bei denen Meister Schmalhans oft ebenso den Hungerriemen angezogen hat, wie bei dem Arbeiter, untereinander darin rivalisiert, ihren Bruder in der Bluse für den Unternehmer profitabler zu machen. Es ist wahrlich ein trauriges Kapitel für die Industriee Beamten, daß hier aufgeschlagen werden muß, und es stünde für die Beamten selber besser, wenn sie von jeder eine andere Stellung eingenommen hätten. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß sehr häufig der Beamte mit der Übernahme der Stellung auch die Verpflichtung übernimmt, auch für seinen Teil mit dazu beizutragen, daß die Produkte der Firma billiger hergestellt werden. Die bestimmte Ablehnung dieses Ansinnens hätte für den Industriee Beamten dieselben bedeutsamen Folgen, wie sie für einen Staatsbeamten eintreten würden, der gegenüber der Sozialdemokratie die volle Gleichberechtigung walten ließe. Er könnte im günstigsten Falle bei einem Pflanzhospiten Unterkunft, also Lohn und Brot finden, für den Durchschnittskapitalisten aber wäre er völlig undbrauchbar.

Man hat also, will man gerecht sein, gewisse Unterschiede in der Beurteilung des Verhaltens der Industriee Beamten zu machen. Es sind die, die erst auf das Drängen der Unternehmer hin die Interessen der Arbeiter verstehen, immerhin noch von denen zu trennen, die aus egoistischen oder gar böswilligen Motiven heraus im Interesse des Kapitals auf den Arbeiter einwirken. Wenn für erstere noch mildernde Umstände geltend gemacht werden können, so müssen sie diesen vollständig verjagt werden. Die Schuld aber an den traurigen Verhältnissen selbst liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen und in der Erziehung der Industriee Beamtenorganisationen begründet. Der Mangel der Erziehungsmethode zeigt sich ganz auffallend auch darin, daß diese Verbände bisher eine scharfe Stellungnahme gegen die gelben Gewerkschaften fast gar nicht eingenommen. Selbst die jüngeren, und erfreulicherweise auch moderneren Organisationen der Industriee Beamten lassen das Unkraut wachsen, ohne sich sonderlich darum zu kümmern. In vielen Fällen waren es Angehörige dieser Organisationen, die den gelben Gewerkschaften, deren Prinzip es ist, die Interessen der Arbeiter zu verraten und zu verkaufen, erst eine Stütze bereitet haben. Das ging und geht freilich nur so lange, als die Industriee Beamten sich mit den Brosamen begnügen, die von ihrer Herren Tisch fallen. In demselben Augenblick aber, wo auch die Lohnarbeiter, deren Elend durch den Namen „Beamt“ oftmals notdürftig verdeckt ist, in der Absicht, ihre Lage zu verbessern, auf den selbstverständlichen Weg des gewerkschaftlichen Kampfes getreten sind, in demselben Augenblick sah sich auch die Unternehmerschaft veranlaßt, dieses Vorwärtsdrängen durch Gründung von gelben Beamtensorganisationen unmöglich zu machen oder aber doch zu erschweren. So hat der Selbsthaltungstrieb die Industriee Beamten auch auf dem Weg der Selbsthilfe getrieben und sie aus reinem Selbsthaltungstrieb heraus dazu gezwungen, die gelben Gewerkschaften zu bekämpfen. Wenn die Kampfstellung zunächst auch nur gegenüber den gelben Beamtensorganisationen eingenommen wird, so darf doch die Erwartung ausgesprochen werden, daß, wenn sie einmal die Gefährlichkeit der „Gelben“ erkannt haben, die Logik sie dazu zwingt, auch den gelben Arbeiterorganisationen den Krieg zu erklären, wenigstens in der Form, daß sie sich nicht dazu bereitfinden, die Werbetrömmel für diese zu rühren und den Arbeitern ihr Koalitionsrecht freitig zu machen. Freilich wird es bis dahin noch gute Weile haben; denn das Mitgefühl für ihre Klagen, die „nur“ Arbeiter sind, ist bei ihnen in noch zu geringem Maße zu finden. Aber die letzten Vorgänge beweisen denn doch, daß auch diese Kreise nicht bei der vollständigen veralteten Auffassung stehen bleiben können. Besonders ein Fall hat sich in allerletzter Zeitgetragen, der deutlich beweist, daß in diesen Kreisen der Abscheu vor den gelben Arbeiterorganisationen Einzug hält. Das ist eine erfreuliche Erscheinung und ein deutliches Zeichen dafür, daß auch die Industriee Beamten der Vermunft zugänglich sind. Eine erfreuliche Erscheinung ganz besonders für die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, die wohl mehr als alle anderen Industriearbeiter von dieser Seite geplagt sind. Zwar bürgt der mächtige Gedanke, der unsere Organisation trägt, dafür, daß diese Organisationen im Stadium der Bedeutungslosigkeit verbleiben; aber die Existenzmöglichkeit dieser Gebilde ist sofort in Frage gestellt, sobald sich die Beamtensorganisationen zu dem Prinzip bekehrt haben, daß diesen Feinden aller Kulturbestrebungen der Kampf angetragen werden muß und wenn sie dazu beitragen, daß das Prinzip der Organisationen auch zum Prinzip der Organisationsangehörigen wird.

Daß in diesem Sinne eine Besserung eintritt, zeigt folgender Vorgang. Anfangs dieses Jahres hielt der Deutsche Technikerverband eine Versammlung in Dresden ab, zu der auch der Sekretär des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Ingenieur Flügger (Berlin), anwesend war. Der Bund der technisch-industriellen Beamten ist im Gegensatz zum Deutschen Technikerverband eine Organisation, die gewerkschaftlichen Charakter trägt und dem der Kampfesweise der Unternehmer in dieser Beziehung schon manche Probe abzulegen gezwungen war. Ingenieur Flügger nahm in der Debatte das Wort und beschuldigte an der Hand der Akten über eine Gerichtsverhandlung den Obermeister G r o ß, der Vorstandsmitglied des Deutschen Technikerverbandes ist, daß er Protetktor der Gelben sei. Groß ist bei der Firma B i e s o l t & V o d e in M e i ß e n, welche Firma ja unseren Kollegen näher bekannt ist, und er steht dort an der Spitze eines „nationalen Arbeitervereins“. Gemeinzeit wurde vom Gericht festgestellt, daß dieser Verein mit Gewaltmitteln, wie Rathregulungen und Entlassungen propagiert wird. Groß erklärte alle, die ihn als Protetktor der Gelben bezeichnen, für Verleumder. Daraus entwickelte sich eine Frage, die bei der Sache zu bedauern ist, daß sie nicht zur gerichtlichen Entscheidung kam. Interessant ist bei der ganzen Sache, daß der Bund der technisch-industriellen Beamten seinen Nebenbuhler, den Deutschen Technikerverband, mit solchen Argumenten bekämpft und daß Groß als Vorstandsmitglied des Deutschen Technikerverbandes sich dagegen verweigert, daß er Protetktor der Gelben sei. Wir wollen nicht untersuchen, ob der nationale Arbeiterverein unter der Leitung von Groß mit den Gelben identisch ist, sondern nur die Tatsache feststellen — und das dürfte ein erfreulicher Erfolg, wenn auch nur ein kleiner, für die modernen Arbeiterorganisationen sein —, daß heilbe Orga-

anisationen sich aus Gründen der Reputation von dem Gelben loslagerten. Mit solchen Organisationen ist nun erfahrungsgemäß bereits wenig getan; aber wenn der Bund der technisch-industriellen Beamten seinen Nebenbuhler mit dieser schwebeligen Waffe angreift, dann ist der Deutsche Technikerverband aus Gründen der Selbsthaltung heraus gezwungen, seine Mitglieder anzuhäufeln, daß sie fortan den Gelben gegenüber ein freundschaftliches Verhalten nicht mehr auf den Tag legen dürfen. Kritisch das ein — und wir können diesem Zustand nur lebhaft herbeiwünschen —, dann ist damit eine der wesentlichsten Stützen der gelben Organisationen gefallen, die von einem berufstätigen Menschen nur als Vorfall am Körper der modernen Arbeiterbewegung betrachtet und behandelt werden kann.

Hermann Schmann.

Aus Amerika.

Von Chagrin.

IX.

Am goldenen Tor.

Die wirtschaftliche Hauptstadt Kaliforniens ist San Francisco. Sie ist nur durch eine der größten Eisenbahnlinien mit der übrigen Welt verbunden. Die meisten Eisenbahnen haben ihre Endstation in Oakland. Von dort aus vermitteln prachtvolle Zügeboote, die nachts auf der Bai wie Feuerschiffe leuchten, die Weiterfahrt. Solch ein Boot ist groß, genug, das lebende und tote Inventar mehrerer Eisenbahnzüge nebst Automobilen und sonstigem Lastfuhrwerk aufzunehmen. Die Bai, geräumig genug, um die Flotten der Welt zu beherbergen, wird von leichten Hügelwellen umflutet. Mehrere Inseln ragen aus dem Wasser empor. Eine mit einem Fort versehen steht einer Wache gleich dem goldenen Tor gegenüber. Auch die beiden Felsen, die das goldene Tor bilden, sind stark besetzt.

Auf der südlichen Seite der Bai liegt, durch Sandhügel vor den Seewinden geschützt, das „Wunder der Welt“: San Francisco. Die Bedeutung der „Hintertür der Vereinigten Staaten“ als Handelszentrum steigt rapid. Die Schiffe der ganzen Welt werfen vor ihrer Pforte Anker. Das Handelsgeschäft der Stadt wird für das Jahr 1907 auf 2188 Millionen Dollars geschätzt. Wie gesagt, der Verkehr wächst unausgesetzt und wird zu noch viel höherer Entwicklung kommen, wenn erst der Panamakanal für den Weltverkehr geöffnet und die Philippinen und Hawaii mit dem Mutterland öfter austauschen werden, besonders aber dann, wenn die Erforschung des erg- und eisenreichen Alaska vollendet und seine Ausbeute auf großer Skala begonnen haben wird.

Ein klassisches Beispiel für amerikanische Beharrlichkeit und Aktivität bietet die Wiederaufbauung San Franciscos. 1906 wurde der beste Teil davon durch Erdbeben und Feuer zerstört. Während drei Jahren ist es nun größtenteils wieder aufgebaut. Zu den Wollentrahern, die zum Teil dem Feuer gut Stand hielten, ist eine ganze Reihe neuer hinzugekommen und auch neue Außenbezirke sind entstanden. Im Zentrum der Stadt liegen allerdings noch ganze Viertel so da, wie sie die Feuer gelassen und warten auf den Mann, der willig ist, die maßlos in die Höhe getriebene Bodenpreise zu bezahlen. Die, die durch Wohnungsmangel davongetrieben wurden, kommen allesamt wieder zurück; die, die in Notbauten untergebracht wurden, können alle Platz in regulären Häusern finden, ja selbst für den voraussetzlichen Bevölkerungszuwachs stehen mehr Wohnungen in Bereitschaft als in nächster Zeit gebraucht werden. Woran die Stadt zurzeit großen Mangel hat, das sind nicht Wohnungen, sondern Mieter. Die letzten drei Jahre haben einen für zehn Jahre genügenden Häuservorrat gebracht.

Wenn man die Geschwindigkeit der amerikanischen Städtebauerei richtig verstehen will, darf das Hirn allerdings nicht durch Gedanken an europäische Baugesetze irritiert werden, noch darf hundertjährige Dauer, Robustheit und Sicherheit den Ausgang der Betrachtungen über Hausbau bilden. Ueber papierne Fassaden und mit Sorgen über das, was nach ihm sein wird, grämt sich der Yankee nicht. Wenn man vom Lande der Wollentrahler hört, darf man nicht denken, die ganze oder halbe Bevölkerung des Landes sei in solchen aus Eisen und Zement verfertigten Ungetümen untergebracht. Sie sind nur für Geschäftsbüros. Die sechzehn Millionen Familien (1900) des Unks am Wohnen nahezu alle in Ein-, Zwei- oder Dreifamilienhäusern. Die Mehrzahl dieser Häuser ist in einigen Zentren und auch da verhältnismäßig selten zu finden. Am goldenen Tor ist das Dreifamilienhaus Reglon. Eine Familie bewohnt eine Etage mit durchschnittlich fünf Zimmern nebst Badraum. Das milde Klima erlaubt Nachlässigkeit in der Vorpflege gegen Ratten. Die Häuserbauerei ist dem europäischen Fachmann eine feste Quelle des Humors und der Kritik. Das dreifamilige Werk wird aus stärkeren Dachlatten und zünftigen Brettern buchstäblich zusammengepackt und zwischen zwei Häuser eingeschoben und an dem Nachbarhaus befestigt. Ein durchgehender Drahttritt womöglich des Einwohnens Spiegel. Aber das ist nicht von Bedeutung. Uebrigens, warum hängt der feine Spiegel gerade vor die Nagelspitze? Die ganze Affäre wird sauberlich mit Ölps und Farbe überstrichen und ein amerikanisches Haus, Klasse II, ist wohnfertig. Da und dort werden noch an der Vorderseite Bausteine bis unter die zweiten Fenster aufgeschichtet und ruinenförmig angehäuft. Das erhöht die Solidität nicht wenig. Und wenn dann noch ein Schild mit den Worten: Feuerfest und erdbebensicher angebracht wird, so sind alle Bedingungen erfüllt, die der Bürger an ein solches Heim billigerweise stellen kann.

Zunehmen wird auch der Boden etwas ausgehoben und eine Grundmauer aus fünf Zagen Ziegelsteinen oder gar aus einer einen Fuß hohen Betonplatte geblüht. Aber das ist schon selten. Gewöhnlich wird das Fachwerk etwas über dem Boden aus Steinen oder Holzbohlen angerichtet. Natürlich rutsch es auf dem Sande. Solange es noch auf dem Boden des Eigentümers bleibt, ist es ja „alright“. Wenn es aber beharrlich in einer Richtung weiterwandert, dann müssen die Rahmen der Hausfläche über die Ufer zu weichen. Formt sich das Haus nach der Richtung des Windes, so ist das nicht von großem Belang. Wohl aber, wenn es sehr oft, eine unbedeutende Neigung nach einer Seite hin zeigt. Dann müssen starke Balken vom Garten oder der Straße her angelegt oder mit dem Nachbarhaus verankert werden. Diese Stützen dienen allerdings weniger als Strahlenstöße oder Verkehrsstützen, wohl aber als „Wische, Leinen“ und Kletterlängen.

Der freie Raum zwischen Erd- und Fußboden scheint extra geschaffen worden zu sein, damit die Ratten einen mässigen Unterschlupf haben. Wo sollen sie sonst die armen Tiere, die in einer Hofenstadt von aller Welt her sich zusammenfinden, aufhalten? Leider sind viele von diesen vierbeinigen Weltumwägern mit Pest befallen. Da sie sich den Quarantänebehörden im Hofen nicht vorzeigen, so müssen sie eben am Rande in ihren Verammelungslägen

aufgeführt werden. Zur Verhinderung der Übertragung der Krankheit wurde der zwei Tausend einhundert von Washington nach San Francisco mit einer Schaar von Nationalgardern gesandt, die zum Kampf gegen die Epidemie energisch führten. Die Ärzte, Pfleger und Wärter, die sie ihrem Feinde vermittelten, wurden aufgebracht. Die Kranken wurden in die Isolationen der Krankenhäuser gebracht, um dem Fortschritt der Krankheit zu begegnen. Die Isolationen waren so eingerichtet, dass sie die Kranken von den Gesunden trennten, die sie kostete, vergessen zu machen, marschierten den ganzen Tag durch die Straßen, eine Kette von Kranken tragend, die, um einen Kranken zu begleiten, die unter der Last eines für einen Mann bestimmten Trages leuchteten. Nachdem viele Monate lang Kranken geliebt, gepflegt, gepflegt, gepflegt und gepflegt worden waren, erkrankte der Krieg zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Die noch lebenden Kranken erhielten wieder Ruhe, die Steuerzahler behielten ihr Geld und die Arbeiter freuten sich, einen so „easy Job“, eine leichte Stellung für ständiges Minimallohn und blühendes Wohlstandsgeld zu haben und sie hoffen, daß bald wieder in der chinesischen Stadt ein Pestfall oder ähnliches vorkomme, damit die Pestjagd wieder beginne.

Daß die aus rasselblauen Brettern und Balken genagelten, durch feuerfeste Maßnahmen kaum geschützten Behausungen ausgezeichnet brennen, braucht nicht ausführlich gesagt zu werden. Wenn Feuer ausbricht, werden gleich ganze Häuserreihen vernichtet. Darüber braucht man sich nicht zu grämen. Die Versicherungsgesellschaft deckt den Schaden, sie deckt sich aber schon im voraus durch übermäßig hohe Prämien. In Amerika beträgt oft die Versicherungsgebühr für das Hundert soviel wie in Europa für das Tausend der versicherten Wertsumme. Was oft aber werden durch die Feuerbrände neben den Güternwerten auch Menschen vernichtet, wie beim Brande des St. George-Hotels. Die Zahl der Verbrannten war groß genug, eine öffentliche Diskussion über die strafliche Verantwortlichkeit der Erbauer und der verbrecherischen Nachlässigkeit der Feuerpolizei zu stimulieren. Dabei erwiderte das Haupt der städtischen Baukommission — diese stellt eine feste Prämie dar —: „Ich habe es schon lange gesagt, daß das Hotel eine Feuerfalle war, aber ihr wolltet es immer nicht glauben.“ Der Wortwechsel führte zur Untersuchung der Frage, wessen Pflicht es sei, die Toten aus der Brandstätte zu schaffen. Von der Feuerwehr hieß es: der Brand sei gelöscht und damit ihre Aufgabe beendet; von der Polizei: die Ordnung der Ordnung sei von den Schuttpolizisten nicht zu erwarten und sonach habe sie dort nichts zu tun. Schließlich besänftigten die Tageszeitungen: daß den Verbrannten ja niemand nachtraue, denn es seien wohl alle nur gewöhnliche Gelegenheitsarbeiter gewesen, wie der Logispreis, 15 und 25 Cts. pro Nacht, zweifelsfrei darthue. Damit war die Diskussion über die durch verbrecherische Nachlässigkeit ermöglichte Verbrennung von einer Anzahl Menschen — die genaue Zahl festzustellen, ist niemandem eingefallen — beendet.

Der Schönheitsstimm ist in den amerikanischen Kommunen noch nicht im Reime vorhanden. Um die Verschönerung der Städte oder die Reinigung der Straßen wird kaum ein Pfifferling gegeben. Nicht doch, im Gegenteil: Es werden jährlich, jährlich höhere Summen dafür ausgeworfen. Die Kontrakte für Straßenreinigung und Ausbesserung sind viel gesucht, denn sie stellen ein Privilegium dar, die Stadtkasse auf legale Weise unerschöpflich zu plündern. Für die Erlangung dieses Privilegiums werden Tausende von Dollars an Bestechungsgeldern an die Stadtväter gezahlt. Einmal den Kontrakt in der Tasche, hält der Unternehmer den besten Teil der übernommenen Arbeit für beendet. Die Fortschaffung des Unrats und die Reparatur der Straßen wird zur Nebensache.

Das Stadtgebiet von San Francisco liegt auf fünf oder sechs Duzend Hügel. Dort, wo mit Schönheitsstimm ausgestattete Stadtväter Parks oder Ausflugsplätze angelegt hätten, findet man hier Steinhäuser oder Wäpferien, oder Anlagen für Kellereipflanzen, wenn nicht die Straßen schaurig über die Abhänge gezogen sind. Für die Pflanzenmacher scheinen Hügel nicht existieren zu haben. Ihre im Bureau auf geradem Papier gezeichneten Zeichnungen sind rüchellos ausgeführt. Da gibt es viele Häuser, die hinten bis zum Dach in der Erde stehen und vorn vielleicht die „geputzte Fingerringhandlung der Welt“ beherbergen. Die Köpfe der Tür und Ableitung von Wasser im Haus zu plättern, gilt hier nicht für primitiv. Sie werden einfach an der Außenseite hinangetragen und lassen sich so besser reparieren. Geschiefer werden oft außen an der Hausseite auf die Erde geworfen, damit dem Geschieber der nachlässige Weg erspart bleibt.

Das bisher Gesagte erklärt die Schnelligkeit des Wachstums der Straßen in Amerika und besonders auch die (relative) Billigkeit der Häuser. Es ist hier einem Arbeiter eher möglich, in die Lage der Hausbesitzer einzutreten. Man trifft hier weit mehr Arbeiter als in Europa, die ein eigenes Heim besitzen. Und nicht nur unter der Arbeiterkategorie. Die höheren Löhne erleichtern die Anschaffung eines Grundstückes. Der weitere Lebensbedarf benötigt es als Anzahlung für ein „Lot“, ein Stück Land in San Francisco. In diesem abgegriffen, beginnt er mit dem Hausbau, wenn er es nicht vorher, Land und fertiges Haus für — ja, ja — 3000 Dollars auf Abzahlung zu nehmen. Häuser nach Abzahlungsrate sind immer noch niedriger als die Miete. Wenn der händerwerbende Arbeiter einige Freunde in der Himmelskammer-Union hat, so mag er sich ihnen gegen einen kleinen Ankaufsumme, Kapital und er ihnen den Ankaufsumme und den Ankaufsumme für einen Teil der Arbeit leisten und dabei genügend Zeit und Mittel geben, die den finanziellen Eigenbedarf doppelt höher verdienenden Arbeiter zu weihen oder zu weihen. Die Arbeit, die die Himmelskammer noch auszuhalten lassen, verrichtet oft der neue Hausbesitzer während seiner Arbeitsstunden selbst. Große Eile und Geschäftigkeit werden dabei nicht verlangt. Sonstige, er hat ein Heim und zieht mit seiner Familie ein. Er nimmt in der Erbschaftsumme, bis der oben Teil in Ordnung oder das Dach angebracht ist. Mit dem letzten muß er sich erst besinnen, wenn der Monat November, die Regenzeit, herannahet. In seiner Kameradschaft konnte ich voriges Jahr manuelle Arbeit von oben her auf Tisch und Bett einer Familie sehen. Erst Ende Oktober begann das Familienhaupt, die Arbeiterkategorie heranzuführen. Der zweite Regenzeit konnte ich dann auch zur Anschaffung kommen. Er hat nun allerdings, wie so viele andere, kein „sicheres“ Heim. Er hat in einer Hütte, die fast mit einer Jahresfrist eine Bergkette anzuhalten kann. Aber er hat einen Grund. So glücklich sind andere Familienhäupter nicht. Manche besitzen gar keine Hütte, sondern nur ein Bett und es auf einem Stein auszuweichen zu lassen oder auch den Grundbesitzer eine Abgabe zu zahlen.

Unter den Kollegen in der Werkstatt gibt's auch (ehemalige) Heimstättenbesitzer. Die amerikanische Regierung gibt an Arbeitslose, arbeitslose Arbeiter unter überhöhten Bedingungen freies Land, Arbeitsplätze, große. Die ganze Welt weiß das übrigens. Das Land über diese Generosität kann auch gute Ertragsfelder zuweilen machen. Das Land an den eisenen Bergwerken haben die Arbeiter, das andere bebauungsfähige die Spezialisten. Was der Heimstättenbesitzer heute noch bekommt, liegt abwärts, an oder in den Bergen oder Felsen. Der Arbeiter, der Mut, Geld und Zeit zu investieren im Bergbau hat, macht es ungefähr wie ein Kollege:

Mit leichtem Herzen und mehrere Hundert Dollars tragendem Beutel steigt er die felsige Klippe zu seinen großen erhabenen Schmelzöfen hinauf. Er beachtet die Luft von Ungewöhnlichem. James J. Lee hat, patriotisch in der ganzen Welt. Diese Spezialisten brauchen, wie man in Büchern lesen kann, nichts wie Wasser und Wasser nach einig Pfund Salz zur Färbung und geben dafür fünf Dollars. Allerdings sind sie hartnäckig genug, ihrem Herrn nur ein Fünftel pro Jahr zu schenken. Dieser Heimstättenbesitzer schleppt Eisen und Bauholz auf dem Rücken bergan. Die Langweiligkeit wird durch Suchen nach Wild, von dessen Aussehen die Schulbücher vor fünfzig Jahren schon berichteten, vertrieben. Das Geld wird rasch. Freunde werden angefordert. Auch sie werden Kapital schwach. Alle Flüssigkeiten ausgetrocknet, muß der Heimstättenbesitzer wieder zurückgehen. Seine lieben Flegel bissen schon für immer ins Gras, noch ehe sie ihren Buckel zum erstenmal dem Wollfänger hinlegten. Die Heimstätte gilt aber ein für halb kultiviert und das Spiel kann unter etwas besseren Umständen von neuem beginnen. Es diese diesem herrlichen Lande unrecht tun, wenn nicht erwähnt würde, daß es auch glücklicher Heimstättenbesitzer gibt. Gewiß. Wer genügend Kapital, robuste Knochen, Geduld und Glück hat, kann nach einem Leben schwerer Arbeit vielleicht eine schuldenfreie Farm sein eigen nennen, aber Arbeiter der Eisenbahnen bleibt er als Bauer immer.

Der „Geist des Westens“, unternehmend wie er ist, treibt die Leute auf verschiedenartige Wege. So versuchen manche ihr Glück im Ankauf eines „Claim“, einer Konzession zum Graben nach Erzen oder so etwas. Diese verlangt schon von allem Anfang an ein schönes Häufchen blauer Dollarstücke. Bringt der erworbenene Platz nicht die erhofften Schätze, dann ist eben das in einem langen Leben voller Arbeit erlungerte Geld verloren. Erfüllt er aber die Hoffnungen oder besser: ist das Vorhandensein von Golbergen z. B. durch mehr als Wahrscheinlichkeit dargelegt, so bekommt es der glückliche Besitzer mit den „Claim-Jumpers“ zu tun, einer einflussreichen, mit „Pull“ versehenen Bande, deren Beruf es ist, auf irgendeine Weise den Besitz erweiterter Plätze zu ergattern. So ging es — nur ein Beispiel aus diesem kapitalreichen Melodrama sei angeführt — dem vor kurzem aus dem Zuchthaus St. Quentin entlassenen Moore. Er hatte Necken genug, den Räubern, als sie den einzigen ergebnislosen unter seinen drei Plätzen mit Gewalt besetzten, mit dem Schicksal zu begegnen. Einer wurde ins Fenseltz befördert. Urteil: lebenslängliches Zuchthaus. Jetzt, nach acht Jahren, ist das stets händelnde alte Männchen begnadigt worden. Natürlich hätte er der Macht, dem Unrecht widerstandslos weichen und die Gerichte zum Schutze anrufen sollen. Gewiß. Nur steden die Landdiebe mit den Richtern unter einer Decke. Durch einen Prozeß vor der amerikanischen Justiz wird der kleine Mann wohl sein Geld los, aber Recht darf er nicht erwarten. Jedenfalls verliert er, wie er auch handeln mag, Besitz oder Freiheit, gewöhnlich beides miteinander.

Aus der Dunkelkammer des Metallindustriellen-Arbeitsnachweises in Leipzig.

Als die Industriellen in den neunziger Jahren ihren Schärnacherverband gründeten, errichteten sie auch bald einen Arbeitsnachweis, der bis vor kurzem aus dem Rathshaushof domizilierte, jetzt aber auf dem Fleischerplatz sein Unwesen treibt. Die Industriellen wußten sehr gut, welche scharfe Waffe sie sich mit dieser Institution gegen die Arbeiterkraft setzten, und sie können wirklich sagen, daß der Leipziger Arbeitsnachweis sich den berüchtigsten seiner Art getrost an die Seite stellen kann, ja, daß er in mancher Hinsicht kaum seinesgleichen finden wird. Denn die Behandlung, die die Arbeitsuchenden von dem Arbeitsnachweisführer gefallen lassen müssen, wenn sie überhaupt Arbeit erhalten wollen, sind so unglücklich, daß man nachgerade die Langmut unserer Arbeiter nicht mehr versteht. Ein junger Mann von wenig mehr als 30 Jahren kam dort als erster und letzter Passagier. Birnbaum, so heißt der Herr, war früher Schreiber am Amtsgericht in Würzen, und hat aneinander von der Surinamerie all die Eigenschaften mitgebracht, die ihn zu einem Arbeitsnachweisführer nach dem Herzen der Schärnacher qualifizieren. Wegen die Arbeitslosen pflegt er den Affekt, und den Arbeitsnachweis betreibt er als Kaiserhof, verziert mit seiner ehrenwerten Person als Unteroffizier.

Bei den Metallarbeitern hat sich wegen dieser Zustände und wegen der willkürlichen Praxis bei der Vergeltung von Arbeit schon lange ein bitterer Stolz gehäuft, der in einer gestern abend (24. September) nach der Albertstraße des Rathshaushofes einbrechenden Metallarbeiterversammlung Ausdruck fand. Die tiefste Halle war zum Brechen voll, wohl an die 4000 Besucher drängten sich in dem Räume. Beholdungsfähiger Probst sprach, vielfach unterbrochen durch stürmische Proteste und Entschuldigungen. Schon längst sei es nötig gewesen, sich einmal mit dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen zu beschäftigen; sollte dies aber erfolgreich geschehen, so müßte Material zur Hand sein, um auch eventuell vor Gericht bestehen zu können. Das sei jetzt der Fall. Jahrelang habe dort schon ein Reich, der mit den Arbeitern gemachte Schindler treibe; der dort betriebene Nachweis von Arbeit unterliege völlig der Willkür des Arbeitsnachweisführers. Als 1899 der Leipziger Gewerkschaftsverein herab, sei es dem größten Teil der Arbeiter nicht möglich gewesen, hier wieder Arbeit zu bekommen. 1905 habe der Verband dann eine Klage gegen die Firma Bismarck wegen Verstoßes durchzuführen lassen, die aber infolge des eigenartigen Auftretens Birnbaums im Gerichtssaal zumungunsten der klagenden Kollegen ansah. Doch habe der Metallindustriellenverband die Situation für nicht unbeschäftigt gehalten und eine Reorganisation des Arbeitsnachweises vorgenommen in einer Weise, die an Raffinement nichts zu wünschen übrig lasse. Nach Berlin und Hamburger Muster habe man das Personalienregister eingeführt, das heißt, für jeden Arbeiter, der einmal durch den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen Arbeit erhalten hat, wird eine Karte angelegt, die seinen Namen, seinen Geburtsort, Tag und Jahr sowie ein Verzeichnis der Firmen enthält, bei denen er gearbeitet hat. In dieser Karte seien außerdem die Gründe angegeben, warum der Arbeiter arbeitslos wurde oder anspricht hat, natürlich von der betreffenden Firma. Die diese „Führungsregeln“ ausführen, wurde sich jeder Kollege denken. Das Material zu Einträgen dieses schwarzen Büchchens sei alle häufig vorhanden. Daß dieses Personalienregister streng durchgeführt werde, beweise, daß man in Hamburg in den letzten drei Jahren circa 429 466 solcher Karten angelegt habe, und daß jeder Arbeiter bei 150 A. Straße die Meldung anzuführen gezwungen ist. Um sich aber in Zukunft vor Klagen wegen Verstoßes zu schützen, hätten die Industriellen noch ein weiteres getan. Sie haben dem Arbeitsnachweisführer die Eintragung von Arbeitern untersagt. Der Schein, den die Industriellen den Arbeitsuchenden bei der Annahme für den Arbeitsnachweis mitgeben, enthält folgenden Passus: Unterzeichnete Firma beschäftigt den ... einseitigen, falls demselben bereits ein Arbeitsnachweis ausgestellt wird. Damit seien die Arbeitslosen völlig in die Hand des Arbeitsnachweisführers

gegeben. Und diese Maßnahme wurde Birnbaum in seinem letzten Briefe aus. Bezüglich der Arbeitsuchenden kann nicht als Mensch, sondern nur als Nummer, als Lumpen, als Wunde, wie er sie zu stützen pflege, so verhalte er auch bei der Vergeltung der Arbeit völlig willkürlich. In seinem Briefe habe er es, ab ein Arbeiter einen Schein bekomme oder nicht. Eine seiner Maßnahmen sei, einem Arbeiter solange keinen Schein zu geben, bis der Verstoß sich gebessert oder gelindert habe. Während irgendwo Differenzen, so würden die Namen der beteiligten Arbeiter auf eine Liste gesetzt, verbleibt und an die Metallindustriellen im Reich verschickt. Die Verstoßten kommen auf eine Liste, pflege sich der Gemütsmenschen dabei auszudrücken. Und daß das keine leeren Redensarten sind, beweise Probst an der Hand mehrerer Fälle, die wiederum oder nur ein Bruchteil der in Wirklichkeit vorgekommenen Fälle sind. So mußte ein Former, Vater von neun Kindern, der im Juli 1908 bei einer Firma in Magdeburg wegen Lohnunterschieden aufträte, abreisen, weil er, trotz dem ihm mehrfach vom Fabrikanten Arbeit zugesagt war, vom Arbeitsnachweis keinen Schein erhielt. Ein anderer Former, Vater von fünf Kindern, der zur selben Zeit bei derselben Firma aufträte, hat bis heute keinen Schein, obwohl ihm vom Vorstehenden des Metallindustriellenverbandes, Müller in Schönefeld, erklärt worden war, es läge gegen ihn nichts vor. Birnbaum hatte nur zur Antwort: Der Vorstehende des Verbandes habe ihm nichts zu melden, er sei vom Gesamtverband ange stellt! — Seit einiger Zeit wurden die Arbeitsuchenden eingeschrieben. Manche Kollegen zogen es aber vor, zuerst sich auf andere Weise Arbeit zu suchen, ehe sie den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen in Anspruch nehmen. Welche sich ein Kollege dann später, so müße er hören: wenn er sich erst auf dem Nachweis einfinde, könne er nun auch noch einmal so lange warten, ehe er eingeschrieben werde. Ein Kollege habe bei einer Firma Arbeit und auch vom Nachweis einen Schein erhalten. Beim Antritt aber habe er bemerkt, daß er sich im Lohn geirrt und die Arbeit infolgedessen nicht ausgenommen. Der Kollege habe dann aus Unwissenheit den Schein nicht zurückgegeben, und als er bei einer Firma Arbeit erhielt, seinen Schein bekommen mit dem Bemerkten, er bekomme jetzt ein Vierteljahr keinen Schein (und somit keine Arbeit), weil er den ersten Schein nicht zurückgegeben. Diese Willkürhaftigkeit werde noch illustriert durch die Behandlung der Arbeitslosen. Die Saubande, die bredige! Einen Revolver sollte man nehmen und sie zwischen die Wetterschießen! Geh doch zu eurem hantrotten Metallarbeiter-Verband und laßt euch was zu fressen geben! — Das sei die Umgangssprache Birnbaums. Gegen seine Angestellten habe er sich gerührt, er habe „einen Schmiech mit der Schnauze in den Ausgang der Wasserleitung gesteckt, daß ihn die Sanitätswache habe wieder herausholen müssen! Die Gewerkschaftsführer seien ihm Gauner, Spitzbuben, Salunken, Lumpen. Die Gewerkschaftsführer, die Lumpen, wenn sie Mittwoch beim Schlachtfest am runden Tisch sitzen und Wellfleisch spachteln, die armen Schweine! Der obelgefressene Gürtlerlehrling, der nicht einmal seinen Namen schreiben könne u. s. w. Klinge es von den Lippen des fauberen Herrn. Dabei bestrebe er ein Gehalt von monatlich 300 M. Zu seiner „Sicherheit“ habe der Herr einen Gummischlauch in seinem Rißig hängen, auch rühme er sich, im Besitz eines Revolvers zu sein.

In der Praxis der Streikvermittlung habe der Nachweis auch eine Aenderung eintreten lassen insofern, als den Arbeitswilligen jetzt ein Revers vorgelegt werde, aus dem klar und deutlich herborgehe, daß sie zum Streikbruch angeworben werden. Die Industriellen schüchelten sich so vor der Ausbreitung der Streikvermittlung, daß sie vom Streik nichts gewußt, und vor dem Schaden, den sie bisher durch den Verlust des Lohns und Gehalts gehabt; wenn sich Arbeitswillige solblich erklärten. Wenn sich jetzt also Arbeiter anwerben ließen, begingen sie betruht Verrat an ihren Kollegen, was in letzter Zeit leider auch in Leipzig geschehen sei. (Stürmische Pfustrufe.)

So wirkte das ganze Institut im höchsten Grade gemeindegährlich. Man habe vor Jahren partielle Arbeitsnachweise gefordert und errichtet; sie hätten sich aber ohne Wirkung erwiesen. Die Unternehmer hätten erklärt: wir haben unsere Arbeitsnachweise und sichern uns den Teufel um die partiiellen; wir wissen, was wir an den unsrigen haben! — Und so gründeten die Industriellen überall Arbeitsnachweise, die sie mit Elementen besetzen wie hier in Leipzig, mit Leuten, die einen trummern Buckel nach oben machen und brutal nach unten sind, rücksichtslos in der Vertretung der Unternehmerinteressen, und wenn es über Leichen geht! — Hier könne nur die streikfreie Organisation helfen. Von den 24 000 Metallarbeitern in Leipzig seien erst 11 500 organisiert. Hier müße jeder Kollege seine ganze Kraft einsetzen, die Reihen des Verbandes zu stärken, um solche unwürdigen Zustände endlich zu beseitigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 24. September in der Albertstraße des Rathshaushofes tagende Metallarbeiterversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der im Arbeitsnachweis des Metallindustriellenverbandes geübten Praxis. Die Versammelten haben aus den Ausführungen des Referenten die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser Arbeitsnachweis ein Maßregelungsbüro im schlimmsten Sinne des Wortes ist. Sie verurteilen ferner aufs entschiedenste das von dem Arbeitsnachweisführer Birnbaum der Arbeitsuchenden gegenüber protokollarische und willkürliche Auftreten und sind der Ueberzeugung, daß die Schäden, wie sie durch Einrichtungen, wie das obengenannte Institut, gestiftet werden, nur beseitigt werden können durch eine starke, schlagfertige Organisation. Die Anwesenden versprechen daher, mit aller Entschiedenheit für die Ausbreitung der Organisation und für die Auffklärung der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Sorge tragen zu wollen.“ (Leipziger Volkszeitung.)

Aus den einzelnen Branchen.

Graber und Biseleure.
Aus Graberreisen erhielt wir eine längere Zuschrift, deren erster Teil einen kurzen Bericht über den verstorbenen Bundes-tag des Verbandes selbständiger Graber, Biseleure und verwandter Berufskollegen Deutschlands enthält. Da wir einen solchen schon in Nr. 39 gebracht haben, ist eine Wiederholung überflüssig und wir bringen zur Information unserer Kollegen aus der Branche der Graber und Biseleure den zweiten Teil der Zuschrift, der folgendermaßen lautet:
Nun wurde im Vorstandsbericht eine Broschüre erwähnt, die zur Agitation verfaßt wurde und worin neben anderem auch die Frage erörtert wird: Wie können wir den Graber- und Biseleureruf wirtschaftlich heben? Dort heißt es:

den nur so ein Musterbild fertig. Es wird denn weiter die verlegene Behauptung aufgestellt, daß eine ganze Anzahl unserer Kollegen wegen ihrer Unfähigkeit entlassen worden seien. Man beachtet hier, die Opfer, die von unserer Organisation gebracht worden sind, zu berücksichtigen. Wie haben in Wirklichkeit die Dinge? Von der Firma sind im ganzen fünf unserer Kollegen entlassen worden, keines mehr! Bei vier von diesen lag eine Maßregelung zu Grunde, daß sie die Christen ohne weiteres nicht anerkennen. Es bleibt also dann nur noch einer übrig, der von der Firma entlassen worden ist, weil er auf einem Wagen stand durch die Gefahr gefahren und der Aufforderung, es zu unterlassen, nicht nachgegeben ist. Sinnlos darunten war auch dieser nicht. Nebenbei sei noch bemerkt, daß der Kollege erst seit circa 8 Wochen bei uns Mitglied war. Das, was sich zu einer anderen Zeit, an einem anderen Orte, außerhalb des Betriebes zugezogen haben soll und mit der Bewegung nicht das geringste zu tun hat, mit der Bewegung zu verquiden, bringen oben nur die Christenführer fertig, um damit ihr ganzes Verhalten während der Bewegung zu verdeckeln. Im Namen der entlassenen Kollegen weisen wir diese Verdächtigung ganz entschieden zurück und stellen ausdrücklich nochmals fest, daß nur fünf unserer Kollegen entlassen worden sind und alle übrigen auf unsere Veranlassung freiwillig den Betrieb verlassen haben. Im übrigen glauben wir, daß die Christen alle Ursache hätten, hübsch still zu sein und vor allem darauf zu sehen, daß sich nicht allzuviel Schmutz vor der eigenen Tür anhäuft. Wir erinnern nur daran, mit welchen Mitteln und mit welchen unehrenhaften Behauptungen gearbeitet worden ist, um wieder in den Betrieb hineingekommen. Diese Manipulationen sind zum Teil schuld daran, daß wir gewonnen waren, die Manipulationen des Meisters Neumann nochmals abzuwehren, nachdem wir sie schon im Januar und Februar abgewehrt hatten. Wir erinnern weiter an den so sehr vorbereiteten Sperrstreik vor Abschluß der Bewegung. Da sind christliche Former veranlaßt worden, bei der Firma Krupp in Essen, wo sie bereits angenommen und kräftlich unterstützt waren, nicht anzufangen. Und warum nicht? Nun, die Betroffenen sollten noch vor Aufhebung der Sperrstreik auf den Meißelfabrikanten Stahlwerken anfragen, sich aber vom Meister bis zur Aufhebung der Sperrstreik Relais geben lassen, damit dieser Verrat nicht bekannt werde. Und so ist es auch in Wirklichkeit gemacht worden, und wie die betreffenden Former behaupten, mit Wissen des Christlichen Beamten! Zwar wurde das von dem christlichen Beamten bestritten und in einer späteren Sitzung sollte der Beweis dafür geführt werden, daß er dabei nicht beteiligt gewesen sei. Zu dieser Sitzung sollten wir eingeladen werden, bis jetzt ist uns aber noch nicht bekannt geworden, wann die Sitzung stattfinden soll, trotzdem bis heute bereits 7 Wochen ins Land gegangen sind. Ob es so schwer fällt, die betreffenden Former zur Zurücknahme ihrer Aussagen zu veranlassen oder ob andere Gründe dafür maßgebend sind, wollen wir jetzt nicht weiter untersuchen. Was aber wollte man mit diesem Vorgehen erreichen? Man wollte verhindern, daß nicht alle unsere Kollegen, die aus dem Betrieb herausgegangen und zum größten Teil noch arbeitslos waren, wieder eingestellt würden! Und nun möchte sich jeder selbst ein Bild von dem Verhalten der Christenführer. Nicht einen einzigen Kollegen hatten sie herausgeholt, als aber die Bewegung zu Ende ging, versuchte man auf die angeführte Weise den Betrieb zu besetzen und unsere Kollegen, denen der Erfolg zu verdanken war, waren der Gefahr ausgesetzt, noch weiter brotlos zu bleiben. Wir wollen im übrigen nicht weiter darauf eingehen, wie hätten im Interesse der bestellten Arbeiter auch darüber geschwiegen. Denn uns ist es darum zu tun, daß die Arbeit im Betrieb einig bleiben, damit das einmal Erreungene festgehalten werden kann. Nur die Verlogenheit dieses „Christen“ hat uns gezwungen, darauf einzugehen. Die christlichen Arbeiter aber sehen daran wieder einmal, daß ihre Führer betrübt sind, Unehrlichkeit unter die Arbeiter zu tragen und sie gegen einander zu hetzen, zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Unternehmer. Es wird aber dadurch auch manchem Arbeiter klar werden, wie notwendig eine Einheitsorganisation für die Metallarbeiter ist, um immer einig und geschlossen dem Unternehmertum gegenüber zu stehen. Daß die Führer der Christen betrübt sind, Erfolge für sich zu konstatieren, ist ja verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß sie fast alles Kennzeichen bei der Arbeiterschaft verloren haben und trotz aller Anstrengungen in Richtung nicht vorwärts kommen können.

Gold- und Silberarbeiter.

Au die Gold- und Silberarbeiter!

Seit Monaten schweben Verhandlungen zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Arbeitgeberverband für die Hanauer Schmiedefabrikanten zwecks Regelung der bisherigen Arbeitsverhältnisse. Dieser bestand ein Vertrag von Organisation zu Organisation, dessen Erneuerung die Arbeiter verlangen, während die Arbeitgeber denselben durch eine Arbeitsordnung ersetzen wollen. Diese Arbeitsordnung würde aber in einzelnen Bestimmungen eine wesentliche Verschlechterung der bisherigen Verhältnisse mit sich bringen, außerdem nicht die Sicherung eines zureichenden Lohnes zwischen den beiden Organisationen gewährleisten können.

Da die Arbeitgeber unsere Wünsche und berechtigten Forderungen leinzelne Forderungen und um diese überzugehen, unter Ausschaltung der Organisation der Arbeiter ihre Arbeitsordnung anzusetzen, hat eine allgemeine Versammlung der organisierten Gold- und Silberarbeiter Hanau beschlossen, am 25. September zu stattfinden. Es kommen rund 1800 Arbeiter in Betracht, die zu 96 Proz. im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind.

Alle Berufsstände werden daher ersucht, einzigen Leistungen nach Hanau seine Folge zu geben und jeden Zugang von Arbeitern der Schmiedefabrikanten nach Hanau strengstens zurückzuweisen. Auch bitten wir um sofortige Benachrichtigung an unterstehende Adresse, falls an irgendeinem Orte versucht wird, Gold- und Silberarbeiter nach Hanau heranzuziehen.

Mit kollegialen Gruß

Die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Bezirk 8.
Heinz Eiler (Hauptamt a. M.), Wollschmidstraße 70.

Metallarbeiter.

Düsseldorf. Auf dem Sammelabend vom 2. März haben sämtliche Arbeiter die Kundgebung eingeleitet. Referat Bericht folgt. Bezug ist ferngeschickt.

Jena. (Bemerkungen zum Bericht in Nr. 39.) Der Bericht über die drei Versammlungen in Jena ist sehr ausführlich und eingehend gehalten und gibt uns einen guten Einblick in die Lage der Dinge. In der ersten Versammlung in Jena, die zur diesjährigen Generalversammlung Stellung nahm, ist es sehr schade, daß die Wahl eines besonderen Schriftführers der, um sicherer gegen den Genußstand vorzugehen zu können. Und der Wahl ging ein Kollege her, der mit einer Beschwerde gegen die Arbeitsordnung in Jena zum Vorstand in Stellung abgetreten werden konnte. Durch den Vorstoß zur Wahl eines außerordentlichen Schriftführers ist von vornherein bedacht, was es in Jena bei der Berichtsjahres über die Generalversammlung anzu stellen. Stellungnahme gegen den Vorstand. Die irrtümliche Annahme des Berichtsjahres, daß momentan die Berichtsjahres über die Arbeiter und deren Behandlung auf der Generalversammlung die drei Versammlungen in Jena notwendig gemacht hätten, wird dem kleinen Kollegen geteilt, der die Berichtsjahres anfragen werden kann. Die Ursache liegt vielmehr in der Art der Berichtsjahres des Delegierten, Kollegen Schiller, und den nach der beabsichtigten Berichtsjahres erfolgten Angriffen von Leber und Schiller auf den Sammelabend und die Verhandlungen. Diese Angriffe waren so ungeschicklich, daß die Referate nicht beachtet wurden und daß die bürgerlichen Zeitungen in Jena Kritik nahmen, nämlich über den Metallarbeiter-Verband und die Arbeiterbewegung heranzuziehen. Schiller's Berichtsjahres ist dadurch bekräftigt worden, daß er an dem Berichtsjahres der Berichtsjahres, an dem es wahrhaftig nicht über die Generalversammlung nichtig berichtet hat, was erfahren werden und praktischen Nutzen sofort klar werden mußte, als sie von

dem Inhalt des Berichtsjahres Kenntnis genommen hatten. Schiller hat sich am Schluß der ersten Versammlung erklärt, daß er den von Leber und Schiller erreichten Effekt in der Versammlung nicht erreichen wollte und nicht gut heißen könne. Er hat nun, in Nr. 39 dem Berichtsjahres Stellen daraus ein Wortwort heranzuziehen gemacht, um die Stellungnahme zum Berichtsjahres damit leicht gemacht zu haben, daß er denselben als wenig den Tatsachen entsprechende behauptet hat, so ist gleich hervorzuheben, daß der Berichtsjahres keine abschließende Entscheidung der Wahrheit unterworfen, sondern die Unrichtigkeiten in seinem Bericht wie oben beurteilt haben. Aber daran läßt sich nichts ändern, daß Schiller's Bericht durchweg unzutreffend gewesen ist und daß der unzutreffende Bericht zum Anlaß für die ungeschickliche Diskussion genommen worden ist. Auf die Vorwürfe gegen Generalversammlung, Vorstand, Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung und Verbandsbeamte wollen wir nicht näher eingehen, und zwar nur deshalb nicht, um nicht Zeit und Raum unnötig zu verschwenden. Die erste Versammlung beschloß auf Antrag Leber's nach den erfolgten Angriffen, die Versammlung zu verlagern und den Hauptvortrag und den Bezirksleiter Vogt zur nächsten Versammlung einzuladen, in der sie sich reorganisieren sollten. Die Versammlungsteilnehmer waren bei der Beschlusfassung von dem Gedanken befreit, den unerhörten Angriffen müsse entgegengetreten werden. Der Berichtsjahres hat seine Gesinnungsgenossen nahmen aber an, der Vorstand solle sich in Jena zur Rechtfertigung stellen. Da der Vorstand der Generalversammlung Rechenschaft schuldig ist und sie ihr gegeben hätte, konnte er nicht darauf eingehen, in Jena extra Rechenschaft abzulegen und sich auf Wunsch einzelner Kollegen gegen Unbillig gemacht Vorwürfe zu verteidigen. Aus diesem Grunde hat der Vorstand das Verlangen der Jenaer Versammlung, zur Rechtfertigung dorthin zu kommen, abschlägig beschieden. Der Vorstand hatte also sein Verbleiben von Jena unabweisbar motiviert, was der Berichtsjahres in Nr. 39 nicht erwähnt. Er will aber scheitern lassen, als ob der Vorstand so vorzüglich war, nicht zuzulassen und deshalb seine „Verteidigung“ dem Schreiber dieser Zeilen überlassen habe. Das war nicht beauftragt, den Vorstand zu verteidigen, wohl aber als Bezirksleiter verpflichtet, in die Versammlung nach Jena zu gehen und die Verhandlungsinteressen zu vertreten. Das er dort mit seinen Ausführungen die Unbilligkeit der erhobenen Vorwürfe und die Unrichtigkeiten im Bericht Schiller's in längerer Rede nachweisen mußte, lag nicht am Redner, sondern an den vielen und groben Vorwürfen und Entstellungen, die von ihm nicht unbeachtet gelassen werden durften. Die Redezeit konnte in Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und auf die Mitglieder leider nicht so ausgiebig ausgenutzt werden, um zu allen herangezogenen Momenten und Fragen die notwendige Erklärung geben zu können. Selbstverständlich ist, daß die Rede von Vogt die Ablehnung der von Leber eingebrachten verbandsschädigenden und unvernünftigen Resolution bezwecken sollte. Undetwas wird nun berichtet, daß Vogt wenig Zustimmung zu seinen Ausführungen in der Versammlung gefunden habe. Das ist unrichtig; denn ohne weiteres gab die Versammlung zu, daß alle Anklagen zu weit gegangen waren. Aber allen erfahrenen Kollegen ist bekannt, daß mit Angriffen auf den Verbandsvorstand und auf die Verbandsbeamten bei verschiedenen Personen immer Zustimmung, mit der Verteidigung aber knapp Gehör zu erlangen ist. Auch in der zweiten Versammlung gelangte die Leber'sche Resolution nicht zur Abstimmung, die Versammlung wurde auf Antrag von Leber bis nach dem Erscheinen des Protokolls der Generalversammlung vertagt. In der dritten Versammlung wurde auf Antrag von Leber beschloffen, die Redezeit für alle Redner auf 15 Minuten festzusetzen. Das war ein Außerordentliches, wodurch er verhindert wurde, ausführlich auf die von Leber und von anderen Rednern gemachten Ausführungen entgegen zu können. Es muß aber festgestellt werden, daß außer den Rednern, die Holz auf der Generalversammlung, dem Vorstand, der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung und den Verbandsbeamten hatten, noch einige Redner gesprochen haben, die sehr vernünftige und sachliche Darlegungen machten, womit sie den „anderen Diskussionsrednern“ klipp und klar erklärten: „Ihr Vorgehen ist unehrenhaft, zwecklos und ungeschickt und schädigt das Ansehen des Verbandes.“ Auf Grund dessen und weil die Versammlungsmehrheit aus der Diskussion erlaut hat, daß die von Leber gegen den Verband erhobenen Vorwürfe nicht haltbar sind, und da sich zeigte, daß sie die von Leber in der ersten Versammlung eingebrachte Resolution nicht anzuerkennen würde, zog Leber diese Resolution zurück und verlas kurz vor Schluß der dritten Versammlung die im Bericht in Nr. 39 enthaltene. In dem Bericht in Nr. 39 wird betont, daß die Resolution gegen 13 Stimmen, worunter die gesamte Ortsverwaltung, angenommen worden sei. Die dazu von der Redaktion gemachten Bemerkungen sind berechtigt, deshalb teilen wir besonders mit, daß zu der dritten Versammlung nur 81 Personen erschienen waren. Bei der Abstimmung waren nur noch 56 zugegen. Von den 56 enthielten sich mehrere der Abstimmung, 13 stimmten gegen die Leber'sche Resolution, die dafür abgegebenen Stimmen sind leider nicht gezählt worden. Da zu der Versammlung auch Nichtverbandsmitglieder Zutritt hatten, so ist es wahrscheinlich, daß nicht alle Versammlungsteilnehmer Verbandsmitglieder waren. Die Verteilung der Jena hat aber 1300 Mitglieder. Das so wenige davon in der Schlusssitzung am 4. September waren, liegt wohl daran, daß die zwei vorausgegangenen Versammlungen ihnen den Besuch der dritten mit den unangenehmen Redereien verleidet hatten. Der Berichtsjahres gibt den Kollegen, die an solchen Versammlungen keinen Gefallen haben, die weiße Leber, daß nicht solche Versammlungen uns schaden, sondern die Ursachen zu solchen Versammlungen, und daß abgeschwämmt Kritik die Ursachen beseitigt. Wir kennen die Weiße, wir kennen den Zeit und auch den Verfasser. Was aus der Zeit her betrachtet die unzureichenden Versammlungen, derenwegen man sich fragt: Unsere Generalversammlung, Verbandsleitung, Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung und die hiesigen Verbandsbeamten waren nicht die Ursache. Abgesehen von anderen Fragen spielt bei den Redereien des Roten mit, daß sich die Verbandskollegen in der Partei nicht genügend betätigten. Da berichtet wird der Standpunkt, daß nicht nach der Methode des bekannten Dr. Eisenhart gehandelt werden darf, wenn man die Verbandskollegen zur Mitgliedschaft und zur Betätigung bei der Partei gewinnen will. Die Parteireporter müssen werden und aber zugehen. Ihr Siehe darf man niemand zwingen. Die Parteifunktionäre können gemeinschaftlich mit den Gewerkschaftsfunktionären manches nach der Richtung tun, aber sie müssen sich vernünftigen Bericht ist es aber, wenn gewisse Parteifunktionäre glauben, die Partei sei den Gewerkschaften übergeben und berechtigt, den Gewerkschaften Befehle zu erteilen. Berührt ist, wenn auf die Gewerkschaften geschimpft wird, daß die Mitglieder nicht einflussreich genug auf die Bewegung ausüben und wenn dabei vergessen wird, daß manches Mitglied der Gewerkschaften deswegen zurückhaltend zeigt, weil es die Erwartung hat, daß in der Partei gewisse Parteien den Standpunkt vertreten, es läßt sich nur durch ihren Parteifunktionäre) „Panzert gemacht“ werden und es seien Meinungsäußerungen von Gewerkschaftsfunktionären nur soweit zulässig, wie sie mit dem gewerkschaftlichen Parteifunktionäre übereinstimmen. Die Arbeiter sind eben keine Schachfiguren, die von guten oder schlechten Spielern gehandelt werden dürfen. Sie müssen selbstständig und richtig aufstehen können.

„Wachen.“ (Zeitungsmonture.) In einer Versammlung der in der Zentralgewerkschaftsindustrie befristeten Arbeiter und Helfer erklärte vor kurzem Kollege R. S. L. H. Bericht über die Verhandlungen, die wegen Erneuerung des Tarifs für die Branche stattfanden. Nach Kündigung des am 3. September 1907 infolge eines längeren Streiks zustande gekommenen Vertrags wurden den Unternehmern die Forderungen übermittelt. Verlangt wurde hauptsächlich eine sofortige Lohnsteigerung von 15 Prozent, die Mindestlöhne sollten demgemäß hinaufgesetzt werden und eine bessere Regelung erfahren, die Zulage für auswärtige sollte von 2,50 auf 3,50 erhöht werden; ferner wurde gefordert eine Stadiulage von 50 %, die Garantie des Stundenlohnes bei Außerordentlichem und die Nichtberechnung der Zuschläge für Überstunden und für auswärtige Arbeiten in die Arbeitssumme. Die Arbeitszeit sollte von 56 auf 54 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden. Die Kollegen waren durch ihre guten Organisation im Deutschen Metallarbeiter-Verband und nachdem sie schon einmal die Feuerprobe bestanden hatten, gerüstet, diese Forderungen eventuell durch Arbeitsniederlegung nachdrücklich zu vertreten. Die im Zentralverband deutscher Gewerkschaften organisierter Firmen — und dies sind nahezu alle am Ort befindlichen — bestimmten wider Erwarten sofort eine Kommission, die ermächtigt wurde, mit den Arbeitgebervertretern zu verhandeln. Es kam auch eine Einigung zustande. Nachdem sich die Vertrauensmänner in einer Sitzung mit dem Erreichten zufrieden gegeben hätten, ersuchte der Referent die Versammlung, sie möge ebenfalls ihre Zustimmung zu den Abmachungen geben. Nach einer längeren Diskussion, in der durchaus nicht alle Kollegen ihre Zustimmung erklärten, wurde durch Annahme der folgenden Resolution die Gültigkeit des Vertrages anerkannt: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht über die Verhandlungen jenseits Erneuerung des Vertrages in der Zentralgewerkschaftsindustrie Wachsens. Wenn auch nicht alle Wünsche der beteiligten Arbeiter in Erfüllung gegangen sind, so erklärt sich die Versammlung doch mit dem Erreichten vorerst zufrieden. Die Versammelten sind der Meinung, daß mit Hilfe einer noch feineren Organisation der Erfolg ein noch größerer hätte sein können und verpflichten sich daher Mann für Mann, für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen zu wollen. Nur durch eine feste Organisation wird es ferner möglich sein, einer

„Wachen.“ (Zeitungsmonture.) In einer Versammlung der in der Zentralgewerkschaftsindustrie befristeten Arbeiter und Helfer erklärte vor kurzem Kollege R. S. L. H. Bericht über die Verhandlungen, die wegen Erneuerung des Tarifs für die Branche stattfanden. Nach Kündigung des am 3. September 1907 infolge eines längeren Streiks zustande gekommenen Vertrags wurden den Unternehmern die Forderungen übermittelt. Verlangt wurde hauptsächlich eine sofortige Lohnsteigerung von 15 Prozent, die Mindestlöhne sollten demgemäß hinaufgesetzt werden und eine bessere Regelung erfahren, die Zulage für auswärtige sollte von 2,50 auf 3,50 erhöht werden; ferner wurde gefordert eine Stadiulage von 50 %, die Garantie des Stundenlohnes bei Außerordentlichem und die Nichtberechnung der Zuschläge für Überstunden und für auswärtige Arbeiten in die Arbeitssumme. Die Arbeitszeit sollte von 56 auf 54 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden. Die Kollegen waren durch ihre guten Organisation im Deutschen Metallarbeiter-Verband und nachdem sie schon einmal die Feuerprobe bestanden hatten, gerüstet, diese Forderungen eventuell durch Arbeitsniederlegung nachdrücklich zu vertreten. Die im Zentralverband deutscher Gewerkschaften organisierter Firmen — und dies sind nahezu alle am Ort befindlichen — bestimmten wider Erwarten sofort eine Kommission, die ermächtigt wurde, mit den Arbeitgebervertretern zu verhandeln. Es kam auch eine Einigung zustande. Nachdem sich die Vertrauensmänner in einer Sitzung mit dem Erreichten zufrieden gegeben hätten, ersuchte der Referent die Versammlung, sie möge ebenfalls ihre Zustimmung zu den Abmachungen geben. Nach einer längeren Diskussion, in der durchaus nicht alle Kollegen ihre Zustimmung erklärten, wurde durch Annahme der folgenden Resolution die Gültigkeit des Vertrages anerkannt: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht über die Verhandlungen jenseits Erneuerung des Vertrages in der Zentralgewerkschaftsindustrie Wachsens. Wenn auch nicht alle Wünsche der beteiligten Arbeiter in Erfüllung gegangen sind, so erklärt sich die Versammlung doch mit dem Erreichten vorerst zufrieden. Die Versammelten sind der Meinung, daß mit Hilfe einer noch feineren Organisation der Erfolg ein noch größerer hätte sein können und verpflichten sich daher Mann für Mann, für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen zu wollen. Nur durch eine feste Organisation wird es ferner möglich sein, einer

Rechnung für die Erhaltung der Zentralgewerkschaften zu werden. Um die praktische Durchführung des Zentralvertrages zu ermöglichen, verpflichten sich die Gewerkschaften, sämtliche Rechte gegen den Arbeitgeber sofort dem Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mitzuteilen. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Zentralvertrages sind folgende: Der Vertrag wurde mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgeschlossen. (Früher wollten die Unternehmer nur mit ihren eigenen Arbeitern verhandeln.) Dem Arbeitgeber ist ein Arbeitsvertrag beigefügt worden, in dem einseitliche Arbeitsverträge festgelegt sind. Bei Arbeitsverträgen sind die Stundenlöhne, die Zuschläge für Überstunden und Sonntagarbeit sowie die Zulagen garantiert. Fahrlohn, Fahrzeit, Zuschläge und Zulagen werden außerhalb der Arbeitssumme gewährt. Die Arbeitszeit wird von 58 auf 54 Stunden verkürzt. Alle Arbeiter erhalten vom 3. Sept. 1909 an eine Aufbesserung von 8 %, vom 3. September 1910 an eine solche von 2 %. Der Lohn beträgt vom 3. September 1909 an für selbständige Monteure nicht unter 71 %, für Anfangsmonteure nicht unter 58 %, für Helfer im 1. Jahre nicht unter 48 %, für Helfer nachher nicht unter 49 %; vom 3. September 1910 an für selbständige Monteure nicht unter 73 %, für Anfangsmonteure nicht unter 60 %, für Helfer im 1. Jahre nicht unter 48 %, für Helfer nachher nicht unter 51 %. Die Zulagen für Monteure außerhalb des Bezirkvertrages sind von 2,50 M auf 2,75 M erhöht worden. Die Zulagen der Monteurebesten im Bezirkvertrage wurden von 30 M auf 50 M erhöht. Für Bauten in München, die mehr als 2 Kilometer vom Geschäftssitz entfernt sind, wird eine Zulage von 25 % für Monteure und Helfer gewährt. Der Vertrag läuft bis zum 3. Sept. 1912.

Rundschau.

Der Branntweinboycott.

den der sozialdemokratische Parteitag beschlossen hat, bewirkt zunächst ein Boykott in der Schnapsblöckpresse. Wir wollen hier nur die Post, das bekannte Scharfmacherblatt, herausgreifen. Sie schrieb in ihrer Nr. 487 vom 18. September:

„Eine nicht unerhebliche praktische Bedeutung könnte ein Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages gewinnen, sofern die sozialdemokratische Gewerkschaft ihn in die Tat umsetzt. Der sozialdemokratische Parteitag hat die Boykottierung des Branntweingenusses beschlossen und hofft damit sowohl der Branntweinbrennerei wie den Reichsfinanzen einen schweren Schlag zu versetzen. Würde das Ziel, den Verbrauch von Trinkbranntwein wenigstens um 25 Prozent einzuschränken, wirklich erreicht, so würden davon, allerdings die Interessen der Spiritusproduktion empfindlich berührt werden.“

Wenn man den Verbrauch von Trinkbranntwein unter das sogenannte Kontingent herunterstufen würde, verliere dieses seine Bedeutung gänzlich, und die Spiritusindustrie würde tatsächlich des Schutzes beraubt werden, welcher ihr durch die Spannung von 20 M zwischen dem Kontingent und der darüber hinausgehenden Spiritusproduktion gewährt werden soll. Unter einer solchen Entwidlung der Dinge würden vor allem die zahlreichen süddeutschen Kleinbetriebe der Brennerei leiden, um derenwillen in erster Linie die Spannung von 20 M in voller Höhe aufrecht erhalten worden ist. Es würde erzwungen werden müssen, ob zur Wiederherstellung dieses Schutzes zu einer dem wirklichen Verbrauch an Trinkbranntwein entsprechenden Verabfolgung des Kontingents gezwungen werden müßte. Auch die Reichsfinanzen würde durch eine so starke Verminderung des Verbrauches an Trinkbranntwein in Mitleidenhaftigkeit gezogen werden. Wenn auch bei der Schätzung des Mehrertrages der Branntweinsteuer auf 80 Millionen Mark mit einer Verminderung des Konsums von Trinkbranntwein bereits gerechnet ist, so hat doch naturgemäß eine so starke, durch künstliche Mittel herbeigeführte Verabfolgung desselben nicht in Rechnung gestellt werden können. Welchen aber die Mehreinnahmen aus der Branntweinsteuer dauernd sehr beträchtlich hinter dem in Aussicht genommenen Betrage zurück, so würde eine Lücke in den zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Reichshaushalt erforderlichen Bedingungsmitteln entstehen, deren Ausfüllung zu einer weiteren Anspannung der Steuerkraft nötigen müßte.

Solche Wirkungen würde der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages aber natürlich nur dann haben, wenn er tatsächlich die erstrebte Verminderung des Verbrauches von Trinkbranntwein um 25 Prozent zur Folge hätte. In dieser Hinsicht aber wird man bis zum Beweise des Gegenteils noch einige Zweifel hegen dürfen. Solche Einschränkungen von Genüssen der großen Massen sind leichter durchzuführen, und es wird wohl auch im vorliegenden Falle die Suppe nicht so heiß gegeben werden, wie sie gekocht wird.“

In einem Artikel über die „Parteiübiker“, der in Nr. 441 der Post vom 21. September erschien, hat die Redaktion anscheinend versehen, was sie drei Tage vorher geschrieben hatte, denn diesen Artikel schloß sie folgendermaßen:

„Bei dieser Gelegenheit mag bemerkt werden, daß die angelegentlich und weiter scharfere Anziehung der Steuererschraube, falls die Sozialdemokratie wirklich Ernst machen könnte mit dem Abstinenzbeschluß, wohl kaum ein Mittel bedeutet, die Sozialdemokratie und ihrer im Nachtigal diktierten Steuererziehung infolge geringeren Branntweinkonsums eines Besseren zu belehren. Es gibt im Gegenteil den vorzuziehenderen Agitationsstoff.“

Da können wir der Post ausnahmsweise einmal recht geben. Wenn der Schnapsboycott den Erfolg hat, den wir ihm von Herzen wünschen, so wird er nicht nur den von den Schnapsblöck-Finanzwühlern erhofften Steuerertrag unmöglich machen, sondern er wird auch die hochwichtigen und sonstigen agrarischen Viebesgabengüter an der Stelle treffen, wo sie am empfindlichsten sind, nämlich am Geldbeutel. Sie werden zu ihrer Bekämpfung sehen, daß sie den Bogen überspannt haben. Eine Rückkehr zu geringeren Steuererträgen wird aber kaum ihren Schaden wieder weismachen, denn mancher Arbeiter, der sonst sein größeres oder kleineres Quantum Schnaps nicht entbehren zu können glaubte, wird inzwischen gesehen haben, daß die Entwehnung des Schnapses ihm keineswegs geschadet hat und wird keine Lust verspüren, sich in die frühere Schnapsnechenschaft zurückzugeben. Interessant kann ja dann die Sache werden, wenn — was gar nicht anders zu erwarten ist — auch die übrigen neuen Steuern und Steuererhöhungen nicht den Ertrag bringen, den sie bringen sollen. Dann werden, wenn in derselben unwahrscheinlichen Weise weitergerückt werden soll, die Reichsfinanzminister nach neuen Steuerquellen suchen müssen. Zunächst wird man allerdings abwarten müssen, wie sich in den nächsten Jahren die Reichseinnahmen gestalten. Bis zur nächsten Reichstagswahl — im Januar 1912 — werden wir schon genaueres darüber wissen. Wir können vielleicht auch schon über die neuen Finanzpläne etwas erfahren und dann wird es interessante Reichstagswahlen geben. All dies kann durch eine konsequente und weitgreifende Durchführung des Branntweinboycotts nur verstärkt werden. Die organisierte Arbeiterschaft hat an dieser also nicht nur ein moralisches und wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Interesse. Sie hat aus diesem Grunde aber auch alle Ursache, dem Boykott zu kräftiger Wirkung zu verhelfen, nicht nur in ihren eigenen Reihen, sondern auch durch gezielte und den Einzelwillen angepaßte Agitation bei den noch indifferenten Arbeitern. Gerade diese sind es, die die größte Zahl der Branntweintrinker stellen. Da muß vor allen Dingen der Gehel angefaßt werden, wenn der Beschluß des Leipziger Parteitages nicht ein Schlag ins Wasser sein soll. Es muß also nach wie vor die Losung lauten: Fort mit dem Branntweingenuß!

Sozialdemokratische Anträge im bayerischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat unter anderem folgende Anträge eingebracht:

I.
Die Kammer wolle beschließen:
Die Königl. Staatsregierung sei zu ersuchen, in Rücksicht auf die hohen Preise der unentbehrlichen Lebensmittel und sonstigen

Bedürfnisse im Haushalt dem gesamten volkswirtschaftlichen Personal aller Staatsämter ab 1. Januar 1910 eine tägliche Lohnzulage von 25 A zu gewähren.

II.
Die Kammer wolle beschließen:
Die Königl. Staatsregierung sei zu ersuchen, in Rücksicht auf die hohen Preise aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel im Haushalt den Beamten aller Dienstposten des Staates, soweit sie ein Jahreseinkommen unter 3000 M ab 1. Jan. 1910 belaufen, eine Gehaltszulage im Betrage von jährlich 90 M zu gewähren.

III.
Die Kammer wolle beschließen:
Es sei die Königl. Staatsregierung zu ersuchen:
1. Für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge erstmalig in den Etat für 1910/11 eine Summe von 150 000 M einzusetzen. Aus diesem Betrag sollen jene Gemeinden, welche arbeitslosen Arbeitern Geldunterstützungen gewähren, Zuschüsse erhalten. Diese Zuschüsse sollen in der Regel 50 Prozent der von den Gemeinden an Arbeitslose verausgabten Beträge nicht übersteigen.
2. Um der in diesem Winter voraussichtlich auftretenden größeren Arbeitslosigkeit zu begegnen, dafür zu sorgen, daß die auf Rechnung des Staates in allen Ressorts vorgesehenen Neu- und Erweiterungsbauten rechtzeitig in Angriff genommen und die hierzu erforderlichen Mittel sofort angewiesen werden; insbesondere soll der Etat der Bauverwaltung schnellmöglichst fertiggestellt werden.
3. Anordnung zu treffen, daß die auszuführenden Arbeiten nicht unter den tariflich festgelegten oder im Ausführungsort üblichen Verhältnissen bezahlet werden und
4. Die Kreis-, Bezirks- und Gemeindeverwaltungen zu veranlassen, ebenfalls für entsprechende Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

IV.
Interpellation.
1. Ist der Königl. Staatsregierung bekannt, daß die von der Abgeordnetenversammlung in der Session 1907/08 genehmigten Beschlüsse des 10. (sozialen) Ausschusses nur teilweise in durchwegs ungenügender Weise zur Durchführung gelangten und was gedenkt die Königl. Staatsregierung zu tun, um diese Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung zu erfüllen?
2. Ist der Königl. Staatsregierung bekannt, daß in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Werk Augsburg, benachteiligten Beamten das Koalitionsrecht in gesetzlich unzulässiger Weise verklümmert wird?
Was gedenkt die Königl. Staatsregierung zu tun, um in Betrieben, die Staatsaufträge erhalten, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Beamten sicherzustellen?
3. Ist die Königl. Staatsregierung gewillt, die baldige Verabreichung des Gesetzesentwurfes, die Verringerung des Berggesetzes betreffend, zweite Novelle, sobald als möglich zu fördern?
Begründung.

Im Verlaufe der Session 1907/08 hat die Kammer der Abgeordneten eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, wodurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in Staatsbetrieben und Militärvorkantinen beschäftigten Arbeiter geregelt und über die Verhältnisse einzelner Arbeiterkategorien in Privatindustrien Erhebungen gepflogen werden sollten. Wie übereinstimmend von Staatsarbeitern aller Ressorts berichtet wird, wurden bis jetzt diese Beschlüsse nicht oder nur ungenügend in die Praxis überführt.

Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Werk Augsburg hat, wie festgestellt werden wird, einen Ingenieur, der in die Handelskammer Augsburg als Beisitzer der Schlichter gewählt wurde, aus seiner Stellung entlassen. Damit hat diese Fabrik, die mit bedeutenden Staatsaufträgen bedrängt wird, gegenwärtig wiederholt gefaßte Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung verstoßen.

Die zweite Novelle zum Berggesetz wurde von der Kammer der Reichsräte in der vorigen Session nicht mehr erledigt. Die K. Staatsregierung wird um Ausschluß gebeten, wie sie diesen Teil des Gesetzesentwurfes fördern will.

Der amerikanische Zolltarif und die deutschen Arbeiter.

Im neuen Zolltarif der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist Schutzzollener Krumpf. Davon werden nicht zum mindesten die deutschen Industriezweige betroffen, die in Amerika eingeführt werden. Man kann nichts dagegen einwenden, daß die Unternehmerorganisationen sich mit dieser Sache befassen. Weniger einwandfrei ist jedoch die Art und Weise, wie man sie im Bund der Industriellen erleben möchte. So brachte die Deutsche Industrie, das Organ des Bundes, einen Artikel über den neuen amerikanischen Zolltarif, der folgendermaßen schloß:

„Es wird berichtet, daß niemand in den Vereinigten Staaten daran zweifle, daß der neue Tarif sowohl eine Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung wie auch höhere Löhne zur Folge haben werde. Hierin liegt ein wesentlicher Trost für die deutsche Industrie, denn die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie mit der amerikanischen steigt mit der Erhöhung der amerikanischen Erzeugungskosten. Bis jetzt arbeitet die deutsche Industrie wesentlich billiger, namentlich mit Bezug auf Löhne, infolge der bislang noch billigeren Lebenshaltung in Deutschland. Wenn also die Spannung zwischen den deutschen und amerikanischen Erzeugungskosten somit der wichtigste Barometer für unsere Ausfuhrindustrie ist, so erweitert sich als die beste Abwehr der amerikanischen Einfuhrerwerbungen die Entschärfung aller beteiligten Kreise in Deutschland, die Erzeugungskosten in Deutschland weber direkt noch indirekt zu erhöhen. Diese Entschärfung muß nicht nur bei der deutschen Regierung und beim Reichstag, sondern auch bei den deutschen Arbeitern Platz greifen.“

Das heißt nichts anderes, als daß die deutsche Arbeiterschaft auf Verbesserung der Löhne und der übrigen Arbeitsbedingungen, ferner auf den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung verzichten soll. Mit Recht nannte die Leipziger Volkszeitung dies in ihrer Nummer vom 18. September eine freie Zustimmung.

Derselben „Geist“ atmeten die Ausführungen des Geschäftsführers der genannten Organisation, des Dr. Wendlandt, die dieser auf einer Versammlung des Bundes machte, die am 22. September zu Gagen stattfand. Dort sprach er über den neuen amerikanischen Zolltarif und bezeichnete als Mittel zur Abwehr der beschriebenen nachteiligen Folgen des neuen Tarifs für die deutsche Industrie unter anderem folgendes: Lebhafte Verbollkommenung der deutschen Industrie, Uebergang zur Anfertigung vollwertiger Waren, Ausfuhrprämien für die nichtkartellierten deutschen Industrien, Errichtung einer Exportzentrale und endlich Verständigung mit den deutschen Arbeitern bezüglich der Löhne. Bezüglich der letzten Forderung führte der Redner unter anderem folgendes aus: Durch die vielen Läden, die der deutschen Industrie auferlegt werden, könne es leicht dazu kommen, daß die Exportindustrie diesen Export ganz einstelle. Der Arbeiter müsse einsehen, daß er solidarisch arbeiten müsse mit der Industrie, sonst läge er selbst den Kopf ab, auf dem er ruhe. Der Arbeiter müsse begreifen lernen, daß er auch im nationalen Interesse mit den Industrielassen Hand in Hand gehen müsse. Die Industrie sei „an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt“; sie müsse jetzt einmal mit einer Erhöhung der auf ihr ruhenden Lasten verschont bleiben, damit sie auch einmal Mittel zu ihrer inneren Stärkung ausgeben könne, sonst gingen wir einer „nationalen Katastrophe“ entgegen.

Dieses Schema kennen wir schon sehr lange. Aufgestärkte Arbeiter glauben aber nicht daran, weil die Tatsachen dem zu sehr

entgegenstehen. Sie werden sich auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, für Verbesserung ihrer Lage einzustreiten, wo dies nur durch Kampf auf Erwerb geschehen kann. Die Unternehmer brauchen nur auf einen kleinen Teil ihres Profites zu verzichten, dann können sie es sich wohl erlauben, bei Lohnverhöhnungen z. B. den Preis ihrer Produkte zu erhöhen. Um den Lohn der Unternehmer, der denen dies die Weiterführung des Geschäftes unmöglich machen würde, zu nicht zu machen.

Und den Unternehmerverbänden.

Der Verein deutscher Eisenhüttenwerke hielt am 18. September zu Dresden seine 41. Hauptversammlung ab. Diese sollte im Anschluß an den Geschäfts- und Jahresbericht folgende Beschlüsse fassen:

1. Der Verein deutscher Eisenhüttenwerke behauptet, daß bei der Ordnung des Reichshaushalts eine tarifliche allg. Erhöhung der Besteuerung des Festes abgelehnt werden ist, daß Gesetzesvor schläge gemacht werden könnten, die die Grundlagen der wirtschaftlichen Arbeit zu erschüttern geeignet waren, und daß der Reichstag seine Ertragsteuererträge weber genügend geprüft noch technisch richtig durchgearbeitet hat.

2. Den Entwurf eines Gesetzes über die Reichsversicherung der Arbeiterreform kann der Verein nicht als eine brauchbare Grundlage für die Durchführung der auf diesem Gebiet etwa notwendigen Verbesserungen der sozialen Versicherung ansehen. Er hält die Zusammenfassung der einzelgesetzlichen Bestimmungen zu einem Gesamtgesetz für unpraktisch, verwirft das Versicherungsamt als eine für die Unfallversicherung ungenügende, kostspielige und die selbständige Arbeit der Berufsvereinigungen beeinträchtigende bürokratische Einrichtung. Der Verein muß die übermäßige Zurückdrängung der Betriebskrankentassen befürchten und wünscht ein für die Krankentassen erträgliches Verhältnis zwischen den Krankentassen und den Ärzten und Apothekern durch die Gesetzgebung hergestellt zu sehen.

3. Der Verein begrüßt in dem Hansabund ein bei weiser Mäßigkeit aller Beteiligten brauchbares Mittel, den Gewerbetreibenden aller Art den von ihnen bisher vermischten Einfluß auf die politischen Parteien und die Gesetzgebung zu verschaffen.

4. Der Verein deutscher Eisenhüttenwerke erhebt entschiedenen Einspruch dagegen, daß die Eisenhüttenwerke nimmere zweimal hintereinander vom Kohlenyndikat bei Preisüberhebungen übergegangen und erheblich schlechter wie die Hochofenwerke behandelt worden sind. Die vom Kohlenyndikat hierfür angeführten Gründe sind nicht stichhaltig. Der Verein verlangt wiederholt für sämtliche Kohlenabnehmer gleiche Behandlung und gleiche Preisbewegungen. Auch die vollständige Ablehnung aller wesentlichen Anregungen des Vereins über die Festlegung von Kohlenhandelsorten durch das Syndikat muß die Eisenwerke erbittern. Der Verein erwartet daher, daß sich der Standpunkt des Syndikats gegenüber dieser Frage noch ändern wird.

Ein fälschlicher Druckfehler.

Das Neue Deutsche Handwerkerblatt bruch in seiner Nr. 38 unseren Artikel über den Hansabund (Nr. 38 der P.-Ztg.) in seinem ganzen Wortlaut nach, wobei ihm aber zum Schluß durch Weglassen der letzten Zeile, der Parole: „Gegen den Hansabund!“ ein fälschlicher Druckfehler passierte. Die Schlusspartie des Artikels liest sich nun so:

„Das genügt. Für die gesamte deutsche Arbeiterklasse ist der Hansabund der Feind, der neue Feind, der nichts anderes als die vergrößerte Ausgabe des berüchtigten Zentralverbandes deutscher Industrieller ist, und die dadurch für sie als Selbstverständlichkeit gegebene Frontstellung lautet:

Vom Ausland.

Schweden.

Am 24. September waren die vorbereitenden Verhandlungen wegen der Beendigung des allgemeinen Streiks beendet; am 25. unterbreiteten die offiziellen Vergleichsbeamten der Parteien ihre Eingungsvorschläge. Diese enthielten jedoch Bestimmungen, die die Gewerkschaften unmöglich annehmen konnten. Die Verhandlungen wurden aber nichtbestimmter weitergeführt, obgleich die Unternehmer sich einer Brüskierung schuldig machten, indem sie aus gesperre Arbeiter politisch aus den Fabriklownungen auf die Straßen setzen ließen. Am 29. September scherterten die Verhandlungen jedoch vollständig.

Der Kampf muß also weitergeführt werden. Die schwedischen Scharfmacher hoffen ohne Zweifel, daß der Hunger die kämpfenden Arbeiter schließlich müde machen wird. Daß dieser Kampf, wenn er noch längere Zeit andauert, auch den Geschäftsrund in vieler kleiner und mittlerer Unternehmer und Geschäftskreise zur Folge haben muß, bestimmt die Scharfmacher offenbar nicht im mindesten. Allerdings sollte das schwedische Regierung nicht gleichgültig sein. Doch auch diese kümmert sich nicht darum; sie hat sich ohne Scham zur Handlangerin des Brutalsten und beschränchtesten Scharfmacherturnus hingeworfen. Getreue Helferinnen sind dabei die Gerichte, die über einzelne „Streikfänger“ wahrhaft barbarische Urteile verhängt haben.

Daß dies aber immerhin nur in einigen wenigen Fällen vorzukommen konnte, liegt nicht am „guten Willen“ der Gerichte, sondern vielmehr an der flüchtigen und besonnenen Haltung der Arbeiter. Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt sich an diesem Beispiel ein Muster nähme. Nicht zum mindesten schon wegen dieser Haltung verdienen die 100 000 schwedischen Arbeiter, die noch im Kampfe stehen, die kräftigste Unterstützung. Diese schwedischen Kämpfer haben ein Recht darauf, daß die internationale Solidarität der Arbeiterschaft nicht versagt. Wir verdienen unsere Kollegen auf den in voriger Nummer an erster Stelle erschienenen Aufruf des Internationalen Metallarbeiter-Bundes. Möchte dieser Aufruf bei allen Kollegen offene Herzen und offene Hände finden!

Im Verlauf dieses Kampfes hat sich die interessante Erscheinung bemerkbar gemacht, daß die Sterblichkeitszahlen in Stockholm und anderen größeren Städten Schwedens während der Dauer des Streiks bedeutend sanken. Das Berliner Tageblatt war in der Lage, genauere Angaben darüber bringen zu können. Danach betrug die Sterblichkeitszahl in Stockholm während der Woche vom 8. bis zum 14. August nur 8,7 Promille (auf das ganze Jahr berechnet). Die epidemischen Krankheiten, vor allem Scharlach und Diphtherie, sind bedeutend zurückgegangen. Während in Stockholm in der Woche vom 8. bis zum 14. August 1909 nur 57 Todesfälle eintraten, die Sterblichkeit also, wie erwähnt, 8,7 Promille betrug, war die Sterblichkeit in der entsprechenden Woche der letzten Jahre (immer auf das Jahr berechnet) ganz erheblich höher, nämlich 1908: 14, 1907: 10,8 und 1906: 11,9 Promille. Noch größer war die Sterblichkeit in der entsprechenden Woche der fünf vorhergehenden Jahre 1905 bis 1901; im Jahre 1901 sogar 16,8 Promille. Von anderen Städten hatten beispielsweise in demselben Zeitraum aufzuweisen: Kopenhagen 12,9, Christiania 12,6, London 11,3, Prag 28,3, Wien 14,7, Paris 14,9 Promille. Eine der hervorragendsten medizinischen Autoritäten Stockholms hat sich dahin ausgesprochen, daß diese ungenau bestreidenden Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse ganz zweifellos mit dem Aufenthalt in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Am wichtigsten sei zweifellos der Umstand, daß die großen Scharen der Streikenden während der Streikwochen Gelegenheit gehabt hätten, sich fast unangeseht unter freiem Himmel, in frischer Luft aufzuhalten, was der körperlichen Gesundheit natürlich äußerst dienlich gewesen sei. Die Luft in den Arbeitslokalen sei im allgemeinen immer so beschaffen, daß sie in gesundheitlicher Beziehung mehr oder weniger schädlich wirken müsse. Die Bedeutung des Alkoholverbotes während

des Wirtenspreises dürfte auch nicht unterbleiben werden. Der Wirtenspreiser und der Wirtenspreiser...

Sein Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Druckfehlerberichtigung. In Nr. 39 ist in der...

Frankreich.

wd. Das Bulletin des französischen Arbeitsministeriums...

Jede in einem Betrieb verunglückte Person hat Anspruch...

Die Statistik erstreckt sich auf alle deklarierten Unfallsfälle...

Table with 5 columns: Jahr, Grobstatistik, Gewerliche Statistik, Gesamtstatistik, Zusammen.

Die folgende Zusammenstellung gibt die Durchschnittszahl...

Table with 5 columns: Jahr, Grobstatistik, Gewerliche Statistik, Gesamtstatistik, Zusammen.

Nur die chemische und die Metallindustrie weisen annähernd...

Table with 5 columns: Jahr, Grobstatistik, Gewerliche Statistik, Gesamtstatistik, Zusammen.

In Klammern eingeschlossen stellen sich die anderen Unfälle...

Zahl der schweren Unfälle in den Betrieben...

Wird über ein Verbot aller erprobten Betriebsmittel...

Literarisches. (Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke...

Jugend-Liederbuch. Herausgegeben von der Zentralkasse...

Handbuch der Dreherei. Von August Loh. Jubiläumsausgabe...

Die folgende Zusammenstellung gibt die Durchschnittszahl...

Table with 5 columns: Jahr, Grobstatistik, Gewerliche Statistik, Gesamtstatistik, Zusammen.

Abrechnung über den Unterstützung- und Agitationsfonds.

Einige Anzeigen und Nachrichten.

Verbands-Anzeigen. Mitglieder-Versammlungen.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Verbands-Anzeigen. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.